



Steffen Höder | Philipp Krämer [Hrsg.]

Nachbarsprachen – Sprachnachbarn

Mehrsprachigkeit und Sprachpolitik
in Deutschlands Grenzregionen



Nomos

<https://doi.org/10.5771/9783748932567-1>, am 29.04.2025, 13:08:28
Open Access –  – <https://www.nomos-elibrary.de/de/agb>

**Border Studies.
Cultures, Spaces, Orders**

herausgegeben von

Prof. Dr. Astrid Fellner, Universität des Saarlandes

Prof. Dr. Konstanze Jungbluth, Europa-Universität
Viadrina Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Hannes Krämer, Universität Duisburg-Essen

Dr. Christian Wille, Universität Luxemburg

Band 11

Steffen Höder | Philipp Krämer [Hrsg.]

Nachbarsprachen – Sprachnachbarn

Mehrsprachigkeit und Sprachpolitik
in Deutschlands Grenzregionen



Nomos

Dieses Projekt wird gefördert mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.



“Sprache als Guckloch zum Nachbarland”
Mauer im Kloster Hornbach, Rheinland-Pfalz, an der Grenze zu Frankreich.
© Titelbild: Philipp Krämer

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2025

© Die Autor:innen

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-7469-2

ISBN (ePDF): 978-3-7489-3256-7

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748932567>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

Vorwort

Dieser Band entstand aus zwei Veranstaltungen, die wir ursprünglich unabhängig voneinander konzipiert hatten, die aber inhaltlich perfekt aneinander anschlossen: Im Juni 2021 fand zunächst eine Paneldiskussion mit dem Titel „Sprachpolitik und ihre Grenzen: Mehrsprachigkeit an Deutschlands Rändern“ an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder statt, organisiert von Philipp Krämer, Karolin Breda, Edgar Baumgärtner und Mariia Mykhalonok in Zusammenarbeit mit dem Zentrum B/Orders in Motion. Im September 2021 folgte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ausführlicher der Workshop „Nachbarsprachen – Sprachnachbarn“, den Steffen Höder gemeinsam mit Katja Bethke-Prange und Lisa Tulaja organisierte. Der Kreis der Beteiligten überschneidet sich stark, viele von ihnen sind in diesem Band vertreten.

Die Veranstaltungen waren stark von der akuten Phase der Covid-Pandemie geprägt: Sie fanden online statt und die Diskussionen nahmen immer wieder Bezug auf die Erfahrung der Grenzschließungen, die heute noch in unangenehmer Erinnerung sind. Wenige Jahre danach werden Grenzkontrollen an europäischen Binnengrenzen zunehmend als Mittel zur Begrenzung von Flucht und Migration eingesetzt: Der politische Rückzug ins Nationale macht sich in den Grenzräumen besonders bemerkbar. Umso relevanter bleibt das Engagement für grenzüberschreitende Verbindungen und Verständigung – mit den notwendigen Sprachkenntnissen als entscheidendem Faktor. Leitmotiv der Vorträge und Diskussionen war daher die Frage, wie die Förderung von Nachbarsprachen dazu beitragen kann, nationale Grenzen durchlässiger zu machen.

In den Gesprächen der beiden Veranstaltungen wurde deutlich, dass unter anderem ein vergleichender Blick auf die unterschiedlichen Grenzräume zu Deutschlands Nachbarländern fehlt: Wie wird Mehrsprachigkeit gefördert? Wer ist im Bereich der Sprachpolitik tätig? Wie und von wem werden die Sprachen der Nachbarländer gelernt und gelehrt? Antworten auf solche Fragen finden sich zumeist spezifisch für eine regionale Konstellation, einen bilateralen Grenzraum, eine einzelne Nachbarsprache. Mit dem vorliegenden Band soll die Grundlage geschaffen werden, diese Kontexte zueinander in Beziehung zu setzen. Er bietet einen Überblick über die Mehrsprachigkeitspolitik in den Grenzgebieten Deutschlands geordnet

nach den fünf wichtigsten Nachbarsprachen Französisch, Niederländisch, Dänisch, Polnisch und Tschechisch und kann damit als Ausgangspunkt für weitere vertiefende und vergleichende Arbeiten dienen. Den einzelnen Beiträgen ist ein Kapitel mit allgemeineren Reflexionen über sprachliche Nachbarschaften und das Konzept der ‚Nachbarsprache‘ vorangestellt, das kritische Würdigung verdient. Als Fallbeispiel für einen Vergleich zum Umgang mit Nachbarsprachen dient im abschließenden Kapitel Frankreich.

Wie bereits die Erfahrungen der sehr plötzlich eingerichteten Grenzschließungen und -kontrollen zeigen, sind die Gegebenheiten in den einzelnen Regionen in ständiger Veränderung. Dies gilt ebenso für die konkrete Sprachpolitik, auch wenn Neuerungen in diesem Bereich oft langsamer ablaufen: Projekte beginnen und enden, politische Schwerpunktsetzungen verschieben sich, schulische Angebote kommen hinzu oder werden abgeschafft, die Zahl der Lernenden steigt oder sinkt. Die Beiträge in diesem Band berücksichtigen einen Sachstand bis etwa Mitte 2024, eine genaue Beobachtung der Entwicklungen und die Sammlung aktueller – idealerweise vergleichbarer – Daten bleibt ein Desiderat.

Für das gewissenhafte Zusammentragen der Fakten und deren Einordnung auf Basis jeweils regionaler und sprachspezifischer Expertise möchten wir allen danken, die mit einem Beitrag in diesem Band vertreten sind. Den Herausgeber*innen der Reihe danken wir für die ermutigende Zustimmung, diesen Band aufzunehmen. Unser Dank gilt zudem auch den anderen Teilnehmenden der beiden genannten Veranstaltungen für ihre Fragen und Kommentare, die in die Texte eingeflossen sind.

Nicht zuletzt danken wir dem Projekt KursKultur 2.0 (Interreg-Region Deutschland-Danmark) für die Finanzierung des Bandes, der dadurch in Open Access erscheinen und ohne technische Hindernisse grenzüberschreitend gelesen werden kann.

Kiel und Brüssel im Dezember 2024

Steffen Höder & Philipp Krämer

Inhaltsverzeichnis

Philipp Krämer

Deutschland und seine Nachbarsprachen: Grensräume, Konzepte,
Kategorien 9

Claudia Polzin-Haumann

Nachbarsprache Französisch
Sprach(en)politik und sprachliche Praxis in den deutsch-
französischen Grensräumen 65

Ute K. Boonen & Sabine Jentges

Nachbarsprache Niederländisch
Die Paradoxie von Vernunftfehe und Liebesgrenze 113

Steffen Höder & Karoline Kühl

Nachbarsprache Dänisch
Mehrsprachigkeit und Minderheiten 165

Nicole Richter & Dagna Zinkhahn Rhobodes

Nachbarsprache Polnisch
Das Potential von Mehrsprachigkeit in der Grenzregion und der
Sprachgebrauch in der Doppelstadt Frankfurt (Oder)|Ślubiice 207

Marek Nekula

Nachbarsprache Tschechisch
Ein Projekt 255

Philipp Krämer & Sabine Ehrhart

Nachbarsprachen Frankreichs
Zentralismus und Peripherien 313

Kurzbiographien 361

Nachbarsprache Dänisch

Mehrsprachigkeit und Minderheiten

Steffen Höder & Karoline Kühl

Abstract

In der deutsch-dänischen Grenzregion stehen mit Deutsch und Dänisch zwei Sprachen miteinander in Kontakt, die nicht nur Nationalsprachen benachbarter Länder sind, sondern auch von nationalen Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze verwendet werden. Historisch war die Grenzregion über Jahrhunderte – wenn auch unter politisch wechselnden Bedingungen – zweisprachig. Vor diesem Hintergrund hat sich in der Region vor allem nach 1945 ein gesellschaftlich akzeptierter und sprachpolitisch verankerter Modus sprachlicher Koexistenz etabliert, von dem Deutsch und Dänisch auch in ihrer Rolle als Nachbarsprachen profitieren. Eine spezifisch nachbarsprachliche Praxis bildet sich in der Sprachenpolitik und der institutionellen Förderung von Sprachkompetenzen dagegen erst allmählich heraus. Dabei lassen sich einerseits strukturelle Schwierigkeiten im Bildungssystem identifizieren, andererseits ist mit der festen Fehmarnbeltquerung eine wesentliche Erweiterung der Grenzregion zu erwarten, die in nachbarsprachlicher Hinsicht Chancen mit sich bringt, die Region aber auch vor neue Herausforderungen stellt.

1. Einführender Überblick: die Grenzregion und ihre Sprachen

Die nördlichste Staatsgrenze Deutschlands (dänisch *Tyskland*)¹ trennt Schleswig-Holstein (*Slesvig-Holsten*) von Dänemark (*Danmark*). Die Grenzregion vereint Peripherien beider Länder, tendenziell strukturschwache, traditionell ländliche Gebiete in relativ großer Entfernung zu den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zentren; für die Gesamtbevölkerungen beider Länder spielt sie höchstens eine untergeordnete Rolle. Im

1 Im Folgenden werden Sprachen und Varietäten, Territorien, Orte, Gewässer und Institutionen wie im Deutschen üblich bezeichnet; jeweils bei der ersten Verwendung wird, soweit möglich und sinnvoll, zusätzlich die dänische Entsprechung genannt.

deutlich kleineren, dafür aber zentralistisch organisierten Dänemark mit seiner traditionellen Konzentration auf die – paradoxerweise im Grenzgebiet zu Schweden, nämlich am Öresund, liegende – Hauptstadt Kopenhagen (*København*) ist diese Wahrnehmung der Grenzregion als peripher noch stärker ausgeprägt als auf deutscher Seite: Hier ist die regionale Perspektive auch dank des föderalen politischen Systems wichtiger und die Nachbarschaft zu Dänemark zumindest im regionalen Bewusstsein in Schleswig-Holstein durchaus verankert. Überregional ist die deutsch-dänische Grenzregion vor allem durch den Tourismus bekannt; die Region ist gerade bei deutschen Tourist:innen ein populäres Ziel oder wird auf dem Weg in den Urlaub durchquert.

In der Grenzregion werden mit dem Deutschen (*tysk*) und dem Dänischen (*dansk*) zwei relativ eng verwandte Sprachen in direkter Nachbarschaft zueinander gesprochen. Das Deutsche gehört innerhalb der Germania zu den westgermanischen Sprachen (genauer: zum Kontinentalwestgermanischen), das Dänische zu den nordgermanischen Sprachen (genauer: zum Festlandskandinavischen). Trotz der genealogischen Nähe sind beide Sprachen nicht wechselseitig verständlich, auch wenn die strukturellen Ähnlichkeiten den Spracherwerb der jeweiligen Nachbarsprache erleichtern und es auch punktuell vor allem in der Schrift ermöglichen, einzelne Passagen in der jeweils anderen Sprache zu dekodieren. Dabei sind dialektkompetente Sprecher:innen beider Sprachen im Vorteil, etwa durch die Kenntnis von Lehnwörtern in regionalen Varietäten (ein bekanntes Beispiel ist das Grußwort *moin/mojn*, das in der Region unterschiedslos in allen autochthonen Nonstandardvarietäten, nicht aber im Standarddänischen und -deutschen etabliert ist) oder durch die lautliche Nähe des Niederdeutschen zum Dänischen (etwa aufgrund der in beiden Sprachen ausgebliebenen Zweiten Lautverschiebung, die das Hochdeutsche kennzeichnet; Höder 2016b).

Das Deutsche ist mit über 100 Millionen L1-Sprecher:innen gegenüber dem Dänischen mit etwa 6 Millionen der ungleich größere Nachbar. Auch geographisch ist der deutschsprachige Raum deutlich größer als der dänischsprachige: Zwar verfügen beide Sprachen in mehreren Territorien über Sprachgemeinschaften und staatliche Anerkennung, aber während das Deutsche allein in Europa in einem zusammenhängenden Gebiet mit Deutschland, Österreich, Luxemburg, Liechtenstein, der Deutschschweiz, Ostbelgien und Südtirol gesprochen wird, ist das Dänische außer in Dänemark selbst nur noch auf den Färöern und in Grönland in Gebrauch,

also in zwei autonomen Ländern innerhalb der sogenannten dänischen Reichsgemeinschaft (*rigsfællesskabet*).

Beide Nachbarsprachen sind in der deutsch-dänischen Grenzregion jedoch nicht nur als Landessprachen aneinander grenzender Staaten benachbart, sondern auch durch ihre Verwendung in den beiden nationalen Minderheiten: der dänischen Minderheit auf der deutschen und der deutschen Minderheit auf der dänischen Seite der Grenze. Das Dänische ist also auch in Deutschland selbst Nachbarsprache des Deutschen, das Deutsche umgekehrt Nachbarsprache des Dänischen auch in Dänemark (vgl. Krämer in diesem Band). Hier kehren sich die Größenverhältnisse um: Die dänische Minderheit wird auf etwa 50.000, die deutsche auf lediglich etwa 15.000 Angehörige geschätzt.

Die Rolle des Dänischen als Nachbarsprache ist in Deutschland auf Schleswig-Holstein beschränkt und innerhalb des Bundeslandes auf die nördlicheren Gebiete konzentriert. Auf dänischer Seite hat das Deutsche dagegen nicht nur in Grenznähe, sondern traditionell landesweit einen hohen Stellenwert und kann nach dem Englischen als zweitwichtigste Fremdsprache gelten. Diese Asymmetrie ergibt sich wiederum aus den unterschiedlich großen Einwohnerzahlen: Dänemark hat mit insgesamt etwa 6 Millionen Einwohner:innen (2024) lediglich eine doppelt so große Bevölkerung wie Schleswig-Holstein mit etwa 3 Millionen; Deutschland ist mit etwa 85 Millionen Einwohner:innen mehr als 14-mal so groß wie Dänemark. Hinzu kommt die große wirtschaftliche Bedeutung, die Deutschland als größter Handelspartner Dänemarks für das gesamte Land hat; dagegen ist Dänemark für Deutschland wirtschaftlich vor allem regional von Bedeutung.

Neben den Standardvarietäten beider Landessprachen – also Standarddeutsch (*standardtysk*) und Standarddänisch (*rigsdansk*) – sind in der Region heute weitere Sprachen und Varietäten in Gebrauch. In Schleswig-Holstein wird neben Deutsch und Dänisch sowie allochthonen Sprachen (darunter Türkisch, Arabisch und Russisch) eine Reihe autochthoner Regional- und Minderheitensprachen verwendet, nämlich das Niederdeutsche (*nedertysk*) und das Nordfriesische (*nordfrisisk*) in ihren Dialekten sowie das Romanes (*romani*); hinzu kommt die Deutsche Gebärdensprache (*tysk tegnsprog*). Damit weist das Bundesland gerade auch abseits urbaner Ballungsräume eine im Vergleich mit anderen Flächenländern ausgeprägte sprachliche Diversität auf. Auf dänischer Seite sind südjütische Dialekte (*sønderjysk*) sowie die dänische Gebärdensprache (*dansk tegnsprog*) gebräuchlich.

Vor diesem regionalen und sprachlichen Hintergrund ordnet dieser Beitrag die Nachbarsprache Dänisch ein. Abschnitt 2 gibt einen Überblick über die räumliche Ausdehnung der Grenzregion und ihre geographische Gliederung. Abschnitt 3 skizziert die regionale Geschichte der sprachlichen Nachbarschaft zwischen Deutsch und Dänisch. Abschnitt 4 geht ausführlich auf die Situation der Nachbarsprache Dänisch aus sprachpolitischer Perspektive (4.1) sowie mit Blick auf den kommunikativen Alltag in der Grenzregion (4.2), das Bildungswesen (4.3) und kulturelle Angebote (4.4) ein. Abschnitt 5 stellt dem einen kurzen Abriss der Situation des Deutschen als Nachbarsprache nördlich der Grenze gegenüber. Abschnitt 6 bietet einen Ausblick auf erwartbare künftige Entwicklungen.

2. Geographie der Grenzregion

Die deutsch-dänische Grenzregion (vgl. Abb. 1) liegt im südlichen Teil der Kimbrischen Halbinsel, die auf dänischer Seite das gesamte Jütland (*Jylland*) umfasst und auf deutscher Seite bis zur Elbe sowie bis an die Landesgrenze zu Mecklenburg-Vorpommern reicht. Üblicherweise zählt man zur Grenzregion in einem engeren Sinne in Deutschland den Landesteil Schleswig (*Slesvig*) bis zur Eider (*Ejderen*) und zum Nord-Ostsee-Kanal (*Kielerkanalen*) sowie in Dänemark die Region Südjütland (*Sønderjylland*) südlich einer Linie zwischen Ribe und Kolding.



Abb. 1: Deutsch-dänische Grenzregion²

Als Teil des Mitteleuropäischen Tieflands ist die Region insgesamt flach. Naturräumlich lassen sich verschiedene Landschaftstypen unterscheiden: Vor der Westküste liegt das Wattenmeer (*Vadehavet*) mit den Nordfriesischen Inseln (*de nordfrisiske øer*), darunter als die größten auf deutscher Seite Sylt (*Sild*), Föhr (*Før*) und Amrum sowie auf dänischer Seite Röm (*Rømø*). Entlang der Küste liegt die durch Landgewinnung und natürliche Verlandung entstandene, typischerweise eingedeichte Marsch, die günstige Bedingungen für die landwirtschaftliche Nutzung bietet. Östlich schließt sich in einem breiteren Streifen die höher gelegene Geest mit sandigen, weniger fruchtbaren Böden an. Das östliche Drittel der Region umfasst eine Jungmoränenlandschaft mit zahlreichen Hügeln, Seen und den charakteristischen ins Land reichenden Meeresbuchten, nämlich der Flensburger För-

2 modifiziertes Werk (CC-BY-SA-3.0). Original: commons.wikimedia.org/wiki/File:Karte_Deutsch-Dänischer_Krieg.svg von NordNordWest/Wikipedia (5. 10. 2020).

de (*Flensborg Fjord*), der Schlei (*Slien*), der Eckernförder Bucht (*Egernførde Fjord*) und der Kieler Förde (*Kielerfjorden*).

Überwiegend ist die Grenzregion ländlich geprägt und vergleichsweise dünn besiedelt (vgl. Tab. 1). Großstädte gibt es keine. Flensburg (*Flensborg*) mit seinen gut 90.000 Einwohner:innen kann grenzübergreifend, nicht zuletzt kulturell und infrastrukturell, als städtisches Zentrum gelten, auch wenn es administrativ keine herausgehobene Funktion hat und auch historisch nie ein politisches Zentrum war. Hinzu kommen größere Kleinstädte, nämlich in Deutschland Rendsburg (*Rendsborg*, ca. 30.000 Einwohner:innen), Schleswig (*Slesvig*, ca. 25.000), Husum (ca. 24.000) und Eckernförde (*Egernførde*, ca. 22.000), in Dänemark Sonderburg (*Sønderborg*, ca. 28.000), Hadersleben (*Haderslev*, ca. 22.000) und Apenrade (*Aabenraa*, ca. 17.000).

Gebiet		Bevölkerung	Fläche (km ²)
Südjütland	Kommune Apenrade	58.657	940,7
	Kommune Esbjerg (südjütischer Anteil)	1.799	82,6
	Kommune Hadersleben	55.438	816,8
	Kommune Kolding (südjütischer Anteil)	5.414	106,3
	Kommune Sonderburg	74.233	496,5
	Kommune Tondern	36.351	1.283,9
	Kommune Vejen (südjütischer Anteil)	10.777	273,3
	<i>gesamt</i>	242.669	4.000,1
Landesteil Schleswig	Stadt Flensburg	91.879	56,7
	Stadt Kiel (schleswigscher Anteil)	20.325	19,4
	Kreis Nordfriesland	170.373	2.083,5
	Kreis Rendsburg-Eckernförde (schleswigscher Anteil)	165.256	1.150,8
	Kreis Schleswig-Flensburg	206.466	2.071,3
	<i>gesamt</i>	654.299	5.381,7
<i>gesamt</i>		896.968	9.381,8

Tab. 1: Administrative Einheiten in der Grenzregion mit Bevölkerung und Flächen (2024)³

3 Alle statistischen Angaben basieren auf den amtlichen Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein zum ersten Quartal 2024 (Statistik Nord 2024), des Kieler Stadtamts für Statistik und Wahlen zum ersten Quartal 2024 (Statistik Kiel 2024) sowie von Danmarks Statistik zum Stichtag 1. 1. 2024 (Statistikbanken 2024).

In einem weiteren Sinne lassen sich zunehmend auch südlichere, dichter besiedelte und insgesamt urbanere Gebiete im Landesteil Holstein (*Holsten*) zur Grenzregion rechnen, insbesondere entlang der Ostseeküste etwa von der Landeshauptstadt Kiel (ca. 250.000 Einwohner:innen) bis nach Lübeck (ca. 220.000); beide Städte zählen dazu. Auf dänischer Seite gehört mindestens die Insel Lolland dazu. Hier besteht zurzeit (2024) noch eine Fährverbindung über den Fehmarnbelt (*Femern Bælt*) zwischen Puttgarden auf Fehmarn (*Femern*) und dem lolländischen Rødbyhavn. Es ist absehbar, dass mit der Fertigstellung (nach aktuellem Planungsstand 2029) der im Bau befindlichen sogenannten festen Fehmarnbeltquerung die deutsch-dänische Nachbarschaft auch in dieser Region an Bedeutung gewinnen wird: Als Teil der sogenannten Vogelfluglinie, also der Straßen- und Schienenverbindung Hamburg–Kopenhagen, soll sie die Reisezeit zwischen den beiden Metropolen auf 2,5 Stunden reduzieren; die grenznäheren Gegenden werden entsprechend schneller erreichbar sein.

Die deutsch-dänische Festlandgrenze ist zwar nicht die jüngste Grenze Deutschlands, aber in ihrem heutigen Verlauf auch nicht alt. Sie verläuft seit 1920 etwa auf der Höhe von Flensburg und Tønder (*Tønder*) in West-Ost-Richtung zwischen Nordsee (*Vesterhavet*) und Ostsee (*Østersøen*). Diese Grenze folgt keinen nennenswerten natürlichen Barrieren wie Flüssen oder Höhenzügen, und sie knüpft auch nicht an historisch gewachsene Trennlinien zwischen politischen Territorien an. Vielmehr durchschneidet sie eine Region, die trotz einer wechselvollen Geschichte hier bis dahin keine Grenze kannte und deren Bevölkerung sich nicht eindeutig entlang sprachlicher, ethnischer oder nationaler Kriterien einem dänischen oder einem deutschen Raum zuordnen ließ. Das prägt die sprachliche Situation in der Region bis heute: Das Gebiet beiderseits der Grenze ist weiterhin von sprachlicher, ethnischer und kultureller Diversität geprägt. Regionale Mehrsprachigkeit ist dabei als geschichtliche Konstante erhalten geblieben, wobei politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen seit dem frühen Mittelalter durchaus Einfluss darauf hatten, wie sich das Spektrum der regionalen Sprachen und Varietäten sowie deren geographische Verteilung jeweils ausprägen konnten.

Im Gegensatz zur Grenze auf dem Festland ist der Grenzverlauf in der Ostsee südlich der Eckernförder Bucht wesentlich älter und historisch stabiler. Das Meer bildet hier eine natürliche Barriere zwischen deutschem und dänischem Gebiet, die auch seit jeher die Sprachgrenze definiert. Wie die feste Fehmarnbeltquerung sich hier in sprachlicher Hinsicht auswirken wird, bleibt vorerst abzuwarten.

Im Kontrast zu dieser auf historischen oder verkehrlichen Gegebenheiten basierenden Abgrenzung, die auch in den folgenden Abschnitten dieses Beitrags zugrunde gelegt wird, werden teilweise auch kleinere oder weitaus größere Gebiete als Grenzregion verstanden, etwa im Kontext institutionalisierter Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Sinne der *cross-border governance* (Ulrich/Scott 2021). So definiert sich die bereits 1997 etablierte ‚Region Sønderjylland-Schleswig‘ (so die gemischtsprachige Eigenbezeichnung)⁴ anhand der geographischen Grenzen ihrer kommunalen Träger, also der Kreise Nordfriesland (*Nordfrisland*) und Schleswig-Flensburg (*Slesvig-Flensborg*) sowie der kreisfreien Stadt Flensburg auf deutscher Seite und der Kommunen Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern auf dänischer Seite (Regionsvereinbarung 2022); sie umfasst damit große Teile des ehemaligen Herzogtums Schleswig, schließt aber die nördlichsten und die südöstlichen Gebiete aus. Im Gegensatz dazu umfasst die sogenannte Programmregion der heutigen ‚Region Deutschland-Danmark‘ (Eigenbezeichnung)⁵ im Interreg-VIA-Programm der Europäischen Union in Schleswig-Holstein die Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde (*Rendsborg-Egernfôrde*), Plön und Ostholstein (*Østholsten*) sowie die kreisfreien Städte Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck. Auf dänischer Seite zählt die gesamte Region Süddänemark (*Syddanmark*) dazu, zu der neben Südjütland auch ein nördlich angrenzender Teil Jütlands sowie die Inseln Fünen (*Fyn*), Ærø und Langeland gehören, und außerdem die Region Seeland (*Sjælland*) mit den Inseln Lolland, Falster und Møn sowie dem südlichen Teil der Insel Seeland; ausgeschlossen bleibt jedoch der seeländische Teil der Hauptstadtregion (*Hovedstaden*) um Kopenhagen (vgl. Tab. 2). In dieser Ausdehnung kommt die Grenzregion auf insgesamt 3,7 Millionen Einwohner:innen, davon gut 2 Millionen in Dänemark, was etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht; auf schleswig-holsteinischer Seite lebt über die Hälfte der Bevölkerung in der Programmregion. Dazu gehören insbesondere auch in Dänemark größere Städte, etwa Odense (ca. 180.000 Einwohner:innen) oder Esbjerg (ca. 70.000), sowie Teile des Ballungsgebiets um Kopenhagen (ca. 500.000). Flächenmäßig umfasst die Region annähernd die Hälfte des dänischen und etwa 60 % des schleswig-holsteinischen Territoriums.

4 www.region.de (20. 9. 2024).

5 www.interreg-de-dk.eu (20. 9. 2024).

Gebiet			Bevölkerung	Fläche (km ²)
Dänemark	Region Süddänemark	Ærø	5.960	90,1
		Fünen	487.597	3.099,9
		Jütland (süddänische Teile)	732.389	8.785,0
		Langeland	12.260	290,7
	Region Seeland	Falster und Lolland	99.391	1.787,3
		Seeland und Møn	753.562	5.439,7
	<i>gesamt</i>		<i>2.091.159</i>	<i>19.492,7</i>
Deutschland	Schleswig-Holstein	Stadt Flensburg	91.879	56,7
		Stadt Kiel	249.202	118,6
		Stadt Lübeck	219.099	214,2
		Stadt Neumünster	80.314	71,7
		Kreis Nordfriesland	170.373	2.083,5
		Kreis Ostholstein	204.487	1.393,0
		Kreis Plön	131.349	1.083,6
		Kreis Rendsburg- Eckernförde	279.835	2.189,8
		Kreis Schleswig- Flensburg	206.466	2.071,3
		<i>gesamt</i>		<i>1.633.004</i>
<i>gesamt</i>			<i>3.724.163</i>	<i>28.775,1</i>

Tab. 2: Administrative Einheiten in der Region Deutschland-Danmark mit Bevölkerung und Flächen (2024)

Diese großzügige Definition der Region Deutschland-Danmark macht zwar deutlich, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch in der Fläche über die traditionell durch Grenznähe geprägten Gebiete hinaus zunehmend relevant wird. Zugleich aber wird so der Begriff der Grenzregion wesentlich unschärfer, zumal sich die Frage stellt, ob dann – erst recht perspektivisch nach Fertigstellung der festen Fehmarnbeltquerung – die Metropolregionen um Hamburg und Kopenhagen nicht ebenfalls vollständig stärker im Kontext der Grenznähe zu betrachten wären.

3. Geschichte der sprachlichen Nachbarschaft

Ethnisch und sprachlich war die heutige Grenzregion noch um 1000 n. Chr. viergeteilt (Höder 2021, S. 13–14), nämlich in (a) einen sächsischen Süden, in dem Altsächsisch gesprochen wurde, der Vorläufer des heutigen Niederdeutschen, (b) einen jütischen Norden, wo altostnordische Varietäten in Gebrauch waren, die Vorläufer der heutigen südjütischen Dialekte des Dänischen, (c) ein friesisches Gebiet auf den Nordfriesischen Inseln sowie an der gegenüberliegenden Küste, aus dessen Sprache sich die heutigen nordfriesischen Dialekte entwickelt haben, sowie (d) ein abodritisches Gebiet im östlichen Holstein, wo polabische – also westslawische – Dialekte gebraucht wurden. Diese Vierteilung lässt sich nicht nur archäologisch und historiographisch, sondern auch sprachlich bis heute nachvollziehen, nämlich in der regionalen Toponymie: In Nordfriesland sind Ortsnamen wie *Klanxbüll* (dänisch *Klangsbøl*, im Wiedingharder Friesisch *Klangsbel*) und *Wrixum* (dänisch *Vriksum*, im Föhrer Friesisch *Wraksem*) anhand typischer Wortbildungselemente leicht als etymologisch friesisch zu identifizieren, während etwa *Gammelby* in Schwansen (*Svansø*) und *Böxlund* (*Bøgslund*) auf der Schleswigschen Geest auf dänische Ursprünge verweisen. Im östlichen Holstein wird der slawische Ursprung von Toponymen wie *Löptin* oder *Scharbeutz* (mit der charakteristischen Betonung auf der letzten Silbe) ebenfalls deutlich, während z. B. *Lübeck* (älter polabisch *Liubice*) oder *Oldenburg* (dän. *Oldenborg*, Lehnübersetzung von polabisch *Starigard*) stark germanisiert und kaum mehr als slawisch zu erkennen sind.

Nachdem die zunächst polabischen Gebiete bis zum späten Mittelalter deutschsprachig geworden waren, etablierte sich die noch heute relevante Dreiteilung in ein dänischsprachiges Gebiet im Norden, ein deutschsprachiges im Süden und ein friesischsprachiges an der nordfriesischen Küste, wobei sich diese Gebiete von Beginn an geographisch überschneiden. Politisch war die Region vom Mittelalter bis in die Neuzeit in eine sich wandelnde Zahl unterschiedlicher Territorien zersplittert, die teils voneinander wie auch von Staatsgebilden außerhalb der Region abhängig waren. Vereinfachend lässt sich für die Zeit vom Spätmittelalter bis 1864 jedoch eine Zweiteilung annehmen (vgl. Abb. 2):



Abb. 2: Herzogtümer Schleswig und Holstein⁶

Die Region Schleswig umfasste das Gebiet zwischen der Königsau (*Kongeåen*) und der Koldinger Au (*Kolding Å*) im Norden sowie den Flüssen Eider und Levensau (*Levensåen*) im Süden; zu Schleswig gehörten auch Alsen (*Als*), Fehmarn und Ærø. Schleswig war als dänisches Herzogtum ein Lehen des Königreichs Dänemark; das nördlich angrenzende nördliche Jütland (*Nørrejylland*) gehörte unmittelbar zur dänischen Monarchie. Die Region Holstein lag südlich von Eider und Levensau und erstreckte sich nach Süden hin bis zur Elbe und bis Hamburg, nach Osten bis zu einer Linie Lübeck–Lauenburg. Holstein war als Herzogtum Teil deutscher Staatsgebilde und gehörte so bis 1806 zum Heiligen Römischen Reich, ab 1815 zum Deutschen Bund. Trotz unterschiedlicher staatsrechtlicher Zugehörigkeiten wurden die Herzogtümer Schleswig und Holstein bzw. ihre Teilgebiete überwiegend direkt (in Personalunion) oder indirekt (durch

6 modifiziertes Werk (CC-BY-SA-3.0). Original: commons.wikimedia.org/wiki/File:Karte_Deutsch-Dänischer_Krieg.svg von NordNordWest/Wikipedia (5. 10. 2020).

Vasallen) von den dänischen Monarchen regiert und standen damit unter dänischer Oberhoheit.⁷

Nachdem mit den Napoleonischen Kriegen die vorherige politische Ordnung Europas kollabiert und im 19. Jahrhundert der Nationalismus auch im Norden Europas erstarkt war, stand die territoriale Zugehörigkeit Schlesiens und Holsteins im Zentrum zunehmender Spannungen zwischen Dänemark und dem Deutschen Bund. Im Schleswig-Holsteinischen Krieg (1. *Slesvigske Krig*, 1848–1851) behielt Dänemark gegen preußisch unterstützte separatistische Truppen zunächst noch die Oberhand, der Deutsch-Dänische Krieg (2. *Slesvigske Krig*, 1864) führte jedoch dazu, dass die Region für Dänemark verloren ging und letztlich 1867 zum größten Teil als Provinz Schleswig-Holstein von Preußen annektiert wurde; dieses Gebiet wurde gemeinsam mit kleineren Territorien in der Region 1871 Teil des neu gegründeten Deutschen Reichs. Für Preußen und Deutschland bedeutete dies zwar nur eine relativ geringfügige Vergrößerung des eigenen Staatsgebiets, für Dänemark aber eine ganz erhebliche Verkleinerung, die als einschneidendes historisches Ereignis bis heute präsent ist.

Nach dem Ersten Weltkrieg sah der Versailler Vertrag auch für Schleswig eine Volksabstimmung über die Abtretung grenznaher Gebiete vor, die 1920 durchgeführt wurde und schließlich in einer Teilung des ehemaligen Herzogtums Schleswig entlang der bis heute bestehenden Grenze resultierte. Der nördliche Teil Schlesiens kam wieder zu Dänemark; an diese ‚Wiedervereinigung‘ (*genforening*) erinnern bis heute zahlreiche Denkmäler. Der südliche Teil verblieb als Teil der preußischen Provinz Schleswig-Holstein beim Deutschen Reich und kam 1949 als Teil des Landes Schleswig-Holstein zur Bundesrepublik Deutschland. In Dänemark spricht man heute mit Blick auf das 1920 gewonnene Gebiet in der Regel von Südjütland, in Schleswig-Holstein spricht man vom bei Deutschland verbliebenen Teil

7 Diese Darstellung ist stark vereinfacht. Insbesondere in Holstein existierten neben dem eigentlichen Herzogtum weitere Staaten, die ebenfalls dem Heiligen Römischen Reich bzw. später dem Deutschen Bund angehörten, darunter die Freie und Hansestadt Lübeck und das Fürstentum Lübeck, im Südosten das Herzogtum Sachsen-Lauenburg, zu Beginn der Neuzeit im Westen die Bauernrepublik Dithmarschen; Teile Holsteins gehörten außerdem zur Freien und Hansestadt Hamburg, die sich bis zum frühen 18. Jahrhundert endgültig von Holstein gelöst hatte. Beide Herzogtümer waren darüber hinaus zeitweise in kleinere Territorien geteilt, und Teile Schlesiens wurden als königliche Exklaven direkt von den dänischen Monarchen regiert. – Einen ausführlicheren Überblick geben einführende Darstellungen zur deutschen und dänischen Geschichte; für einen regionalgeschichtlichen Zugang vgl. auch Bohn (2006) sowie Sønderjyllands historie (2008–2009).

des ehemaligen Herzogtums auch als Landesteil Schleswig (im Gegensatz zum Landesteil Holstein); mit Blick auf die historischen Gegebenheiten nennt man Südjütland auch Nordschleswig (*Nordslesvig*) und den Landesteil Schleswig auch Südschleswig (*Sydslesvig*).

In sprachlicher Hinsicht waren die wechselnden territorialen Zugehörigkeiten einzelner Gebiete vor dem 19. Jahrhundert allerdings im Wesentlichen bedeutungslos. Räumlich lokalisierbare klare Sprachgrenzen existierten in Schleswig praktisch nicht. Vielmehr haben wir es historisch mit einem transnationalen Kommunikationsraum zu tun (Höder 2019, S. 56–58), der durch ein erhebliches Maß sprachlicher Diversität sowie vielfältige Konstellationen individueller, kollektiver und institutioneller Mehrsprachigkeit gekennzeichnet war, die wiederum zu den nördlichen und südlichen Rändern der Region hin zunehmend in einsprachig(er)e Konstellationen überging. Ausschlaggebend für die Sprachwahl einzelner Sprecher:innen oder Sprechergruppen waren eher pragmatische als ethnische oder nationale Faktoren. In der ländlichen Alltagssprache dominierten dabei bis 1800 in Teilen Nordfrieslands nordfriesische Dialekte, während ansonsten nördlich einer Linie etwa zwischen Friedrichstadt (*Frederiksstad*) und Eckernförde überwiegend Dänisch und südlich davon überwiegend Deutsch gesprochen wurde, d. h. südjütische und nordniederdeutsche Dialekte. In den Städten, in Handel, Recht und Verwaltung, im Adel und im Großbürgertum wurde Deutsch jedoch auch schon früh weiter nördlich gebraucht, erst recht in der Schriftlichkeit. Der Sprachgebrauch in Kirche und Schule folgte in der Regel kirchlichen Verwaltungsgrenzen (vgl. Fredsted 2009a, S. 2–7; Gregersen 1989).

Ab dem Ende des 18. Jahrhunderts setzten jedoch mehrere Entwicklungen ein, die das Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch in der Grenzregion insgesamt stark beeinflussten. Erstens begann ein lang anhaltender Sprachwechsel im Süden und Osten des bis dahin dänischsprachigen Gebiets, bei dem die Landbevölkerung im Alltag zunehmend zu nordniederdeutschen Dialekten überging, im Wesentlichen bedingt durch deren höhere geographische und funktionale Reichweite sowie durch das höhere Prestige, das das Deutsche als Sprache sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Eliten besaß (Höder 2019, S. 59). Dadurch verschob sich – bezogen auf die ländliche Alltagssprache – die Südgrenze des dänischsprachigen Gebiets sukzessive nordwärts. Auf der Halbinsel Schwansen zwischen der Schlei und der Eckernförder Bucht war der Sprachwechsel bereits um 1780 abgeschlossen. Im nördlich angrenzenden Angeln (*Angel*) zwischen Schlei und Flensburger Förde ging die Bevölkerung bis 1850 zum Deutschen über.

Weiter westlich setzte der Sprachwechsel später ein, war aber zum Ende des Jahrhunderts hin auch schon deutlich erkennbar (dokumentiert etwa bei Wenker 1889/2013, S. 3–6). Seinen Abschluss fand er im südlichsten Gebiet, im Kirchspiel Viöl (*Fjælde*), in den 1940er Jahren, weiter nördlich bis auf Relikte in den 1970ern. Heute sind südjütische Dialekte südlich der Staatsgrenze nirgends mehr Alltagssprache; soweit Dänisch hier noch, wieder oder erstmals in Gebrauch ist, werden Standarddänisch und das neu entstandene Südschleswigdänische (s. u.) verwendet.

Zweitens wurde spätestens ab 1800 im Gefolge von Nationalismus, politischen Spannungen und kriegesischen Auseinandersetzungen das Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch allmählich politisiert (vgl. Winge 2004, S. 3386–3389; Fredsted 2009a, S. 8–13; Höder 2019, S. 58). Das führte je nach territorialer Zugehörigkeit und politischen Einflussmöglichkeiten auf beiden Seiten zu einer teilweise zurückhaltenden, phasenweise aber auch repressiveren Sprachenpolitik. So zielte die dänische Politik nach 1848 vor allem auf die sprachliche (Re-)Danisierung Schlesiens, die preußische umgekehrt nach 1867 vor allem auf dessen Germanisierung, wobei das Sprachwechselgebiet im Fokus der beiderseitigen Bestrebungen stand. Die Auswirkungen beschränkten sich aber auf den institutionellen Sprachgebrauch; für die alltagssprachliche Kommunikation blieben sie weitgehend folgenlos.

Drittens setzte im 20. Jahrhundert in Schleswig-Holstein (wie auch anderswo im deutschen Sprachraum) ein Wechsel von dialektalen hin zu standardnäheren Varietäten ein, durch den das Niederdeutsche bis heute insgesamt stark an kommunikativer Relevanz eingebüßt hat, sodass es heute von den jüngeren Generationen kaum noch verwendet wird; dabei ist die Stellung des Niederdeutschen tendenziell an der Westküste stärker geblieben als in anderen Teilen der Region (Höder 2019, S. 65–71). Im Dänischen hat sich die ansonsten in Dänemark verbreitete Entdialektalisierung in Südjütland weniger stark ausgewirkt als in den meisten anderen Regionen; die südjütischen Dialekte sind nördlich der Grenze weiterhin lebendig (vgl. Maegaard/Monka 2019).

Viertens verlor die Politisierung der Sprachenfrage nach 1920 insofern wieder an Gewicht, als nach der Grenzziehung die dadurch auf beiden Seiten entstandenen sogenannten nationalen Minderheiten – die dänische in Südschleswig und die deutsche in Nordschleswig – zunehmend staatlich, politisch und gesellschaftlich anerkannt wurden (vgl. J. Kühl 2005b; Höder

2019, S. 59–62).⁸ Die Zugehörigkeit zu einer der Minderheiten basierte dabei von Beginn an nicht auf kollektiven objektiven Kriterien wie Wohnort oder Abstammung, sondern auf der individuellen subjektiven Identifikation, auch wenn diese wiederum durchaus lokalen oder familiären Traditionen folgen kann. Dabei gilt einerseits, dass „Minderheit ist, wer will“ – das sogenannte Gesinnungsprinzip –, andererseits folgt aber auch die Sprachenwahl innerhalb der nationalen Minderheiten einer individuellen Entscheidung: Wer also dänisch ‚gesinnt‘ ist (so der traditionelle Terminus), muss deshalb nicht im Alltag Dänisch sprechen oder auch nur über dänische Sprachkenntnisse verfügen. Ganz im Gegenteil ist die dominante Erstsprache der meisten Angehörigen der dänischen Minderheit ebenso wie in der Mehrheitsbevölkerung Deutsch; Dänisch wird typischerweise als frühe Zweitsprache erworben (K. Kühl 2015, S. 246–247). Umgekehrt ist in der deutschen Minderheit in der Regel Dänisch die Erstsprache (häufig in Gestalt eines südjütischen Dialekts), Deutsch eine frühe Zweitsprache. Die jeweiligen Minderheitensprachen werden dabei charakteristischerweise nicht in familiären Kontexten, sondern vorwiegend in institutionellen Domänen verwendet, also etwa in Vereinen, Parteien und anderen Organisationen sowie in den Bildungseinrichtungen der Minderheiten. Entsprechend wird das Dänische heute in Südschleswig nicht nur innerhalb des historischen dänischen Sprachgebiets, sondern auch südlich davon im historisch deutsch- oder friesischsprachigen Raum verwendet.

Auffällig ist, wie stark der jahrhundertelange Kontakt zwischen Deutsch und Dänisch regionale Varietäten beider Sprachen auch strukturell geprägt hat (Höder 2016a, S. 298–305; Höder 2021). Mehrsprachige Praktiken und kontaktbedingte Innovationen lassen sich mindestens seit der frühen Neuzeit nachweisen; teilweise haben sich auch areale Merkmale etabliert, die über die Sprachgrenzen hinweg in Nonstandardvarietäten auftreten. Hinzu kommt die Restrukturierung des regionalen Varietätenspektrums als Folge der verschiedenen Sprachwechselprozesse (Höder 2019, S. 62–65): Im Sprachwechsel vom Dänischen zum Deutschen sind auf dänischem Substrat neue schleswigsche Dialekte des Niederdeutschen entstanden, im Sprachwechsel vom Nieder- zum Hochdeutschen neue hochdeutsche Regiolekte mit zum Teil kleinräumigen strukturellen Besonderheiten, und in den nationalen Minderheiten haben sich zudem neue standarddivergen-

8 Angehörige der dänischen Minderheit sind in der Regel deutsche Staatsangehörige, wobei seit 2018 grundsätzlich auch die Möglichkeit einer zusätzlichen dänischen Staatsangehörigkeit besteht.

te Minderheitenvarietäten – Nord Schleswigdeutsch (*nordslesvigtyisk*) und Südschleswigdänisch (*sydslesvigdansk*) – ausgebildet, die stark durch den Sprachkontakt mit den Standardvarietäten der jeweils anderen Sprache geprägt sind (vgl. K. Kühl 2015; Goll i. Vorb.).

4. Dänisch als Nachbarsprache

4.1. Sprachenpolitische Rahmenbedingungen

Das Dänische ist die einzige Nachbarsprache an einer deutschen Staatsgrenze, die zugleich in Deutschland anerkannte Minderheitensprache ist. Infolgedessen gilt für das Dänische ein historisch gewachsenes komplexes Geflecht rechtlicher Regelungen, die zum Teil explizit und originär sprachpolitisch konzipiert sind, teils aber auch nur sprachpolitische Implikationen haben, während sie primär minderheiten-, kultur- oder bildungspolitisch begründet sind. Gerade zwischen Minderheiten- und Sprachenpolitik wird in Schleswig-Holstein in der Praxis oft keine scharfe Grenze gezogen, und ebenso fehlt in der Sprachenpolitik oft eine klare Abgrenzung zwischen Regelungen, die sich auf das Dänische als Minderheitensprache beziehen, und solchen zur Nachbarsprache Dänisch.

Praktisch hat diese fehlende Trennung oft Vorteile. Wer seinen Wohnsitz aus Dänemark in den deutschen Teil der Grenzregion verlegt oder als Berufspendler:in südlich der Grenze arbeitet, kann von den Einrichtungen und Angeboten der Minderheitenorganisationen vielfach ebenso profitieren wie jemand, der von klein auf in der Minderheit sozialisiert worden ist. Ebenso können sich auch Angehörige der Mehrheitsbevölkerung über Angebote der Minderheitenorganisationen der Nachbarsprache annähern, nicht zuletzt über das Bildungswesen der dänischen Minderheit. Spezifisch nachbarsprachliche Maßnahmen können sich so vielfach erübrigen. Entsprechend kristallisiert sich in der deutsch-dänischen Grenzregion trotz langjähriger Erfahrungen mit Minderheiten- und Sprachenpolitik eine explizit nachbarsprachenpolitische Tradition erst ganz allmählich heraus.

Insgesamt greifen beim Dänischen in Schleswig-Holstein europäische, binationale, bundesweite und landesrechtliche Regelungen expliziter und impliziter Sprachenpolitik ineinander. Vor allem von symbolischer Bedeutung ist die Berücksichtigung von Sprache und Minderheitenzugehörigkeit in Grundrechtskatalogen der Europäischen Union (Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Artikel 21–22 CGEU) und des Bundes (Art. 3

Abs. 1 Satz 1 GG); Initiativen für eine weitere Stärkung der Minderheiten durch einen eigenen Grundgesetzartikel waren bisher erfolglos, werden aber weiter politisch diskutiert. In der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein gibt es dagegen seit 2014 einen solchen Artikel (Artikel 6 VerfSH), der Schutz und Förderung der nationalen Minderheiten und mittelbar damit auch ihrer Sprachen in den Verfassungsrang erhebt. Explizit angeführt ist hier auch die politische Mitwirkung der Minderheiten. Der Südschleswigsche Wählerverband (*Sydslesvigsk Vælgerforening*; SSW), der die Interessen der dänischen und der friesischen Minderheit im Land vertritt, war allerdings auch zuvor schon durch wahlrechtliche Sonderregelungen auf Landes- wie auf Bundesebene von Sperrklauseln bei Parlamentswahlen befreit und ist derzeit (2024) im Schleswig-Holsteinischen Landtag in Fraktionsstärke, im Deutschen Bundestag mit einem fraktionslosen Abgeordneten vertreten; hinzu kommt das Engagement auf kommunaler Ebene.

Historisch bedeutend sind auf binationaler Ebene die sogenannten Bonn-Kopenhagener Erklärungen (*Bonn-København-erklæringerne*; vgl. J. Kühl 2005a), zwei inhaltsgleiche, spiegelbildlich unilaterale Erklärungen, in denen sich die westdeutsche und die dänische Regierung 1955 zu Schutz und Förderung der beiden Minderheiten verpflichteten und das Gesinnungsprinzip festschrieben. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen gelten bis heute als Meilenstein auf dem Weg zu einer friedlichen und konstruktiven Koexistenz von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaften in der deutsch-dänischen Grenzregion.

Auf europäischer Ebene ist das Dänische in Schleswig-Holstein als autochthone Minderheitensprache durch das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (RÜSNM) geschützt, in Deutschland in Kraft seit 1998, sowie durch die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (ECRMS), die für Deutschland seit 1999 in Kraft ist; beide Abkommen sind unter dem Dach des Europarats von einer Reihe seiner Mitgliedsstaaten geschlossen worden und gelten in Deutschland als Bundesrecht (vgl. Wich-Reif 2012). Das RÜSNM hat eine primär minderheitenpolitische Zielsetzung, indem es den Angehörigen nationaler Minderheiten eine Reihe von Rechten einräumt, die Diskriminierung und Assimilation entgegenwirken sollen. Diese Rechte stehen Angehörigen der Minderheiten als Individuen zu und schützen nicht kollektiv Minderheiten als Ganze oder z. B. Minderheitensprachen als immaterielles Gut. Die Sprachen nationaler Minderheiten sind durch das RÜSNM ebenfalls geschützt, etwa indem die Artikel 9 und 10 die Vertragsstaaten verpflichten, deren freien Gebrauch zu garantieren. Diese Garantie wirkt sich auf Dänisch als

Nachbarsprache insofern aus, als sie die Verwendung und Sichtbarkeit des Dänischen in der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit fördert. Weitergehende Rechte knüpft das RÜSNM jedoch daran, dass z. B. Verständnisschwierigkeiten vorliegen; dies ist aber angesichts der nahezu vollständigen Deutschsprachigkeit der dänischen Minderheit faktisch nicht der Fall.

Die ECRMS verfolgt dagegen explizit sprachenpolitische Ziele. Autochthone Regional- und Minderheitensprachen werden hier unmittelbar als schützenswerter Teil des gemeinsamen europäischen Kulturerbes verstanden. Ihren Sprachgemeinschaften werden deshalb über individuelle Rechte hinaus kollektive Privilegien eingeräumt, die sich insbesondere auf die Förderung der Sprachen in der Verwaltung, im Bildungswesen, in den Medien und im Kulturleben beziehen. Die Vertragsstaaten gehen dabei freiwillige Verpflichtungen in selbst gewähltem Umfang ein; in Deutschland sind diese Selbstverpflichtungen dem föderalen Prinzip folgend nach Bundesland und Sprache differenziert. Schleswig-Holstein – wo neben dem Dänischen auch das Nordfriesische, das Romanes und das Niederdeutsche als Chartasprachen geschützt sind – hat sich hier zu im Vergleich mit anderen Regionen und Ländern umfangreichen Schutz- und Fördermaßnahmen verpflichtet. Dazu gehören etwa (a) im Bildungswesen (Artikel 8 ECRMS) die organisatorische und finanzielle Förderung des Schulwesens der dänischen Minderheit sowie das Angebot von Dänischunterricht an öffentlichen Schulen und im Hochschulstudium, (b) die Möglichkeit, Dänisch gegenüber Behörden zu verwenden (Artikel 9–10) sowie (c) die Förderung des Dänischen in den öffentlichen Medien (Artikel 11), im Kulturleben (Artikel 12) sowie in Wirtschaft und Gesellschaft (Artikel 13). Diese Förderung zielt zwar auf das Dänische als Minderheitensprache, bleibt in der Wirkung aber nicht darauf beschränkt; Nutznießer der Förderung sind alle Dänischsprachigen im Landesteil Schleswig und vielfach auch darüber hinaus.

Auch wenn die Selbstverpflichtungen von Bund und Land aus den beiden Abkommen nicht einklagbar sind, können sie doch als wichtiger Motor von Minderheiten- und Sprachenpolitik gelten.

Erstens begründen sie ein institutionalisiertes Berichtswesen mit regelmäßig vorgelegten Berichten der Vertragsstaaten, Stellungnahmen der Min-

derheiten, Sachverständigengutachten und Empfehlungen zur Umsetzung zugesagter Förderung.⁹

Zweitens erhöhen sie generell Stellenwert und Sichtbarkeit der Minderheitensprachenpolitik. Dazu gehören auch Ämter und Organe, die für minderheiten- und sprachenpolitische Angelegenheiten zuständig sind. So existieren auf Bundesebene etwa seit 2002 ein:e Beauftragte:r der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten¹⁰ (beim Bundesministerium des Innern und für Heimat) sowie seit 2005 die vom Bund als Ansprechpartner geförderte Dachorganisation der nationalen Minderheiten (der Minderheitenrat mit dem Minderheitensekretariat)¹¹. In Schleswig-Holstein gibt es bereits seit 1988 eine:n Minderheitenbeauftragte:n¹² mit der Aufgabe, die minderheiten- und sprachenpolitischen Aktivitäten des Landes zu koordinieren, die Landesregierung zu beraten und den Austausch mit weiteren Akteuren der Minderheiten- und Sprachenpolitik zu pflegen; bezeichnenderweise ist der Beauftragte aktuell (2024) zugleich auch Dänemark-Bevollmächtigter der Landesregierung.¹³

Drittens schließlich lassen sich im Detail viele praktisch relevante rechtliche Regelungen und Entscheidungen als Konkretisierungen der Selbstverpflichtungen vor allem auf Landesebene verstehen. Politisch maßgeblich sind dabei die sogenannten Handlungspläne Sprachenpolitik (Handlungsplan 2015; Handlungsplan 2020; Handlungsplan 2024). Von der ‚Küstenkoalition‘ (SPD, Bündnis 90/Grüne und SSW) erstmals 2015 eingeführt, ist der Handlungsplan als Instrument auch von den wechselnden Folge-regierungen – mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – beibehalten und inhaltlich fortgeschrieben worden. Dies sorgt für eine gewisse sprachenpolitische Kontinuität im Land. Zugleich werden im Handlungsplan verankerte sprachenpolitische Ziele spezifisch mit Blick auf die Rolle des Dänischen als Nachbarsprache auch z. B. in politischen Konzepten zur Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aufgegrif-

9 Die dänische Minderheit und das Dänische in Schleswig-Holstein waren so zuletzt etwa Gegenstand der verpflichtenden Staatenberichte Deutschlands (RÜSNM-Staatenbericht 2023, ECRMS-Staatenbericht 2021, ECRMS-Staatenzwischenbericht 2023) sowie der auf freiwilliger Selbstverpflichtung basierenden Länderberichte Schleswig-Holsteins (Minderheitenbericht 2021, Sprachenchartabericht 2019).

10 www.aussiedlerbeauftragte.de (11. 10. 2024).

11 www.minderheitensekretariat.de (11. 10. 2024).

12 www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/kultur/minderheitenbericht/Minderheitenbeauftragter (11. 10. 2024).

13 www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/europa/daenemark (11. 10. 2024).

fen und ausgebaut, etwa in der sogenannten Dänemark-Strategie des Landes Schleswig-Holstein (Dänemark-Strategie 2024).

Ein praktisches Beispiel für das Zusammenwirken von minderheiten- und nachbarsprachenpolitischen Vorgaben bietet das Landesverwaltungsrecht, das den Gebrauch des Dänischen in der Kommunikation mit Behörden ermöglicht, und zwar im Gebiet aller Kreise und kreisfreier Städte mit Gebietsanteilen im ehemaligen Herzogtum Schleswig, einschließlich der Landeshauptstadt Kiel (§ 82b LVwG). Diese Regelung erstreckt sich aber auf deren gesamtes Territorium und beschränkt sich weder auf Angehörige der dänischen Minderheit noch auf kommunale Behörden oder Angelegenheiten mit Minderheitenbezug. Damit eröffnet sie prinzipiell jedermann die Möglichkeit, das Dänische z. B. auch gegenüber Landesbehörden mit Sitz in Kiel zu verwenden.

4.2. Kommunikation im Alltag

Im Alltag der Grenzregion ist die sprachliche Nachbarschaft zwischen Deutsch und Dänisch durchaus präsent. Deutschland und Dänemark sind Vertragsstaaten des Schengener Abkommens, sodass an der Grenze zwischen beiden Ländern seit 2001 im Prinzip keine Grenzkontrollen stattfinden. Dies hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Grenzregion (wieder) zu einem transnationalen Raum mit einer ausgeprägten grenzübergreifenden Mobilität der Bevölkerung entwickeln konnte (*transnational borderlanders*, vor allem im Sinne sogenannter *border surfers*, bei denen persönliche Motive die Anlässe bieten; vgl. zu diesen Begriffen Klatt 2021). Grenzübergreifende Kontakte sind eher die Regel als die Ausnahme: Menschen pendeln zur Arbeit ins Nachbarland, kaufen dort ein und verbringen ihre Freizeit auf der anderen Seite der Grenze; manche finden Partner:innen und Freund:innen im Nachbarland oder verlegen ihren Wohnsitz dorthin. Beispiele für finanzielle Anreize zur grenzübergreifenden Mobilität finden sich beispielsweise im sogenannten Grenzhandel, der vor allem von der im Vergleich zu Dänemark niedrigeren Besteuerung gerade alkoholischer Getränke in Deutschland profitiert, sowie im günstigeren Preisniveau in deutschen Arztpraxen und bei weiteren Dienstleistungen. Ebenso profitiert auch die Wirtschaft von der Durchlässigkeit der Grenze, etwa im Handel sowie in der Transportbranche. Dabei besteht wie erwartbar eine Asymmetrie zwischen den Ländern: So ist Deutschland mit Abstand der wichtigste Außenhandelspartner Dänemarks, umgekehrt ist Dänemark für

den deutschen Außenhandel insgesamt nur von nachrangiger, für Schleswig-Holstein jedoch wiederum von höherer Bedeutung.

Die Mobilität ist allerdings immer wieder auch durch vorübergehend angeordnete und anlassbezogene, dennoch aber lang anhaltende stationäre Grenzkontrollen merkbar eingeschränkt worden. Größere Einschränkungen ergaben sich vor allem von 2016 bis 2023 aus den durchgeführten Kontrollen auf dänischer Seite (im Zuge einer deutlichen Verschärfung der dänischen Migrationspolitik und als Reaktion auf die zunehmenden Fluchtbewegungen 2015/16) sowie aus den eingeschränkten internationalen Reisemöglichkeiten während der COVID-19-Pandemie 2020/21); im September 2024 hat Deutschland erneut Grenzkontrollen für vorerst sechs Monate eingeführt (für eine europäische Perspektive vgl. Yndigeegn 2020). Diese Maßnahmen stoßen bei der Bevölkerung und bei der Wirtschaft, aber auch bei regionalen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren regelmäßig auf scharfe Kritik.¹⁴ Diese Kritik wiederum zeigt, wie grundlegend die offene Grenze für den Alltag und das Selbstverständnis der Grenzregion mittlerweile ist.

Die sprachliche Nachbarschaft und die Durchlässigkeit der Grenze sowie die Existenz der beiden nationalen Minderheiten bedingen verschiedene Formen von Zweisprachigkeit in der Grenzregion. Auf der individuellen Ebene finden sich mit Blick auf das Deutsche und das Dänische Repertoires in einem Spektrum zwischen faktischer Einsprachigkeit auf der einen und voll ausgeprägter, nahezu ausgewogener deutsch-dänischer Zweisprachigkeit auf der anderen Seite, wobei partielle oder fragmentarische und häufig auch nur rezeptive Zweisprachigkeit als typisch gelten können und stärker balancierte Formen vor allem im Kontext der Minderheiten auftreten.

In der Öffentlichkeit wird die Nachbarsprache Dänisch vor allem in unmittelbarer Grenznähe und in der Stadt Flensburg sichtbar. So werben nicht nur der auf dänische Kund:innen ausgerichtete Grenzhandel, sondern auch zahlreiche andere Geschäfte mit ihren Dänischkenntnissen; dasselbe gilt etwa für andere Unternehmen, darunter Handwerksbetriebe, Arztpraxen, Apotheken, Fachgeschäfte oder Restaurants. Der Hinweis *Vi taler dansk!* ‚Wir sprechen Dänisch!‘ ist ein wiederkehrendes Element in

14 Beispiele sind der Protest der Region Sønderjylland-Schleswig gegen die dänischen Grenzkontrollen im Jahr 2022 gegenüber dem dänischen Justizministerium (www.region.dk/region/de/presse/aktuelles-view.php?we_objectID=3640; 11. 10. 2024) sowie die von den Landtagsfraktionen von SPD und SSW eingebrachte kritische Stellungnahme zu den 2024 eingeführten Kontrollen auf deutscher Seite (www.landtag.ltsh.de/infotek/wahl20/drucks/02400/drucksache-20-02475.pdf; 11. 10. 2024).

der *linguistic landscape* gerade des Flensburger Stadtgebiets wie auch in den Onlineauftritten von Firmen aus der Region. Auch manche öffentlichen Einrichtungen weisen auf Dänischkenntnisse hin oder stellen dänischsprachige Informationen zur Verfügung, etwa die Stadt Flensburg, die darüber hinaus mit dem zweisprachigen Motto *Zwischen Himmel und Förde/Mellem himmel og fjord* für sich wirbt. Ansonsten ist die Nachbarsprache vor allem in ihrer minderheitensprachlichen Funktion öffentlich sichtbar, etwa durch Informationen zu Einrichtungen und Angeboten der dänischen Minderheit im physischen wie im digitalen Raum.

Einen – vor dem Hintergrund der unscharfen Grenzziehung zwischen Nachbar- und Minderheitensprache – interessanten Sonderfall stellen zweisprachige Schilder am Ortseingang dar: Solche Schilder können in Schleswig-Holstein *de jure* (Ortstafelerlass 2009) im gesamten minderheitensprachlichen Gebiet aufgestellt werden, *de facto* werden sie aber nur sehr sparsam eingesetzt, und zwar da, wo es aus nachbarsprachlicher Perspektive sinnvoll ist. So sind aktuell (2024) nur grenznahe Orte zweisprachig beschildert, nämlich Flensburg, Harrislee (*Harreslev*) mit den Ortsteilen Kupfermühle (*Kobbermølle*), Niehuus (*Nyhus*) und Wassersleben (*Sosti*) sowie Glücksburg (*Lyksborg*).¹⁵ Durch solche Beschilderungen wird auch die durchaus lebendige Zweisprachigkeit der regionalen Toponymie öffentlich sichtbar gemacht. Das gilt auch für touristische Hinweisschilder und Wegweiser im Flensburger Stadtgebiet, die häufig zweisprachig sind und dänische Namen von Flensburger Stadtteilen wie Weiche (*Sporskifte*), Waldgebieten wie der Marienhölzung (*Frueskov*), Straßen wie der Großen Straße (*Storegade*) oder Gebäuden mit historischer Bedeutung wie dem Nordertor (*Nørreport*) verwenden.

4.3. Bildung

Hervorgehobene sprachpolitische Bedeutung hat in der Grenzregion die Bildungspolitik. Dabei ist neben der Förderung des Schulwesens der dänischen Minderheit im letzten Jahrzehnt zunehmend auch der Unterricht in Dänisch als Nachbarsprache im staatlichen Bildungssystem in den Fokus gerückt und damit auch begrifflich stärker verankert worden. Als Ziel galt

15 Glücksburg ist durch sein Schloss historisch mit dem dänischen Königshaus verbunden; das adlige Haus Glücksburg (auf Dänisch üblicherweise als *Glücksborg* bezeichnet, also mit der niederdeutschen Variante des Ortsnamens) stellt seit 1853 die dänischen Monarch:innen.

dabei von Beginn an der – bisher nicht erreichte – sogenannte ‚geschlossene Bildungsgang‘, der dänische Unterrichtsangebote vom vorschulischen Bereich über die allgemeinbildenden Schulen bis zum Hochschulniveau vorsieht. Bereits der erste Handlungsplan (2015, S. 4) attestierte dem Dänischen auch als „Sprache des Nachbarn“ zunehmende Relevanz, die auch die Angebote der öffentlichen Schulen widerspiegeln müssten. Der zweite Handlungsplan (2020, S. 28–30) verwies in einem eigenen Abschnitt auf konzeptionelle Arbeiten und institutionelle Bemühungen zur Verankerung eines gezielt nachbarsprachlichen Dänischunterrichts an öffentlichen Schulen. Im aktuellen dritten Handlungsplan (2024, S. 14 und 43–49) hat der nachbarsprachliche Aspekt weiter an Sichtbarkeit gewonnen.

Der Stand der bildungspolitischen Förderung der Nachbarsprache Dänisch lässt sich den regelmäßig veröffentlichten Statistiken des Kultusministeriums entnehmen, aktuell etwa dem ministeriellen Bericht zur Förderung der Nachbarsprache Dänisch vom Februar 2023, der neben der annähernd aktuellen Situation auch Entwicklungstendenzen über einen längeren Zeitraum greifbar macht (vgl. auch im Folgenden Nachbarsprachenbericht 2023).

Im vorschulischen Bereich ist die Sprachbildung in den Chartasprachen gesetzlich vorgesehen (§ 16 Abs. 2 KiTaG) und wird im Rahmen der Möglichkeiten des Landes finanziell unterstützt (Förderrichtlinie Kita 2023), zuletzt mit etwa 600.000 € jährlich. Entsprechende Zuschüsse erhalten 40 Betreuungsgruppen in Kindertageseinrichtungen und drei Gruppen in der Kindertagespflege, in denen die Nachbarsprache Dänisch gefördert wird. Außerdem bieten acht vom ADS-Grenzfriedensbund¹⁶ getragene Kindertageseinrichtungen (mit insgesamt etwa 400 Kindern) ein dänisches Sprachprofil an. Hinzu kommen die 55 Kindertageseinrichtungen des Schulträgers der dänischen Minderheit, des Dänischen Schulvereins für Südschleswig (*Dansk Skoleforening for Sydslesvig*)¹⁷ mit insgesamt etwa 2.600 Kindern.

Als einziges Bundesland bietet Schleswig-Holstein an einigen öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen Dänisch als fremdsprachliches Unterrichtsfach an, und zwar im allgemeinbildenden Bereich prinzipiell bei allen, im berufsbildenden Bereich bei vielen Schularten einschließlich des Beruflichen Gymnasiums. An weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (vgl. Abb. 3) wird Dänisch dabei als zweite Fremdsprache (ab

16 www.dein-ads.de (11. 10. 2024).

17 www.skoleforeningen.org (11. 10. 2024).

der Jahrgangsstufe 7) oder dritte Fremdsprache (ab der Jahrgangsstufe 9) im Wahlpflichtbereich in der Sekundarstufe I an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien angeboten.¹⁸ In der Sekundarstufe II kann Dänisch als Fremdsprache fortgeführt oder neu begonnen werden (die Pfeile in Abb. 3 markieren mögliche Kontinuitäten zwischen den Sekundarstufen). Dänisch kann auch als Prüfungsfach in den Abschlussprüfungen gewählt werden (Erster allgemeinbildender Schulabschluss [ESA] nach der Jahrgangsstufe 9, Mittlerer Schulabschluss [MSA] nach der Jahrgangsstufe 10, Abitur nach der Jahrgangsstufe 13). Hinzu kommen extracurriculare Angebote. In der Primarstufe wird außerdem seit einigen Jahren eine steigende Zahl sogenannter Modellgrundschulen etabliert, in denen erste regelmäßige Sprachbegegnungen mit dem Dänischen vorgesehen sind. Die Modellgrundschulen bedeuten so zwar einerseits einen Schritt hin zum angestrebten geschlossenen Bildungsgang in der Nachbarsprache, lassen aber andererseits in der individuellen Spracherwerbsbiographie ihrer Schüler:innen, soweit diese in der weiterführenden Schule das Fach Dänisch wählen (können), eine Lücke in den Jahrgangsstufen 5 und 6 entstehen, wo Dänischunterricht nicht curricular verankert ist.

Grundschule				Sek I						Sek II		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Modellgrundschulen												
				2. FS (GemS, Gym)						▶		
				3. FS (GemS, Gym)						▶		
				◀						Oberstufe (alle Schularten)		
AGs												

Abb. 3: Strukturelle Angebotsmöglichkeiten für Dänisch an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen

18 Schleswig-Holstein verfügt im Anschluss an die vierjährige Grundschule in der Sekundarstufe der allgemeinbildenden Schulen über ein zweigliedriges Schulsystem aus Gemeinschaftsschulen (optional mit gymnasialer Oberstufe) sowie Gymnasien. Grundsätzlich bestehen in Schleswig-Holstein derzeit (2024) ein acht- und ein neunjähriger Bildungsgang bis zum Abitur nebeneinander (G8 bzw. G9); in der Praxis sind mittlerweile fast alle Schulen zum G9-System zurückgekehrt. Die folgende Darstellung konzentriert sich auf G9 als Normalfall.

Der Dänischunterricht in der Sekundarstufe I und II wird – wie der Unterricht anderer Fächer auch – durch curriculare Vorgaben des Kultusministeriums bestimmt, die in Übereinstimmung mit dem Stand der fremdsprachendidaktischen Forschung sowie in Reflexion der langjährigen Praxis erfahrener Lehrkräfte entstanden sind; sie liegen auch der universitären sowie der folgenden praktischen Phase der Lehrkräftebildung zugrunde. Konkret sind dies die Fachanforderungen Dänisch (2016), die durch einen stärker praxisbezogenen didaktisch-methodischen Leitfaden (2019) ergänzt werden. Für die Primarstufe sowie den berufsbildenden Bereich fehlen vergleichbare Vorgaben bislang (2024). Die curricularen Vorgaben zielen – neben der Anwendung allgemeiner fremdsprachendidaktischer Herangehensweisen auf das Dänische – speziell auch auf dessen Rolle als Nachbarsprache ab. Das dort verankerte nachbarsprachendidaktische Konzept setzt vor allem auf authentische Spracherfahrungen (durch Vorkenntnisse in der Nachbarsprache und Kontakte zum Nachbarland), Lernerautonomie (Lernformen mit individuellen und kooperativen Komponenten) sowie Schülerbegegnungen nach dem Gegenseitigkeitsprinzip (naheliegende Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen schleswig-holsteinischen und dänischen Schulen).

Bereich	Schulart	Schulen mit Dänisch	Schüler:innen mit Dänisch	Anteil mit Dänisch	Schüler:innen gesamt
allgemeinbildend	Grundschulen	10	629	0,6 %	106.240
	Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe	33	1.323	2,2 %	60.041
	Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe	5	583	1,6 %	36.620
	Gymnasien	9	776	1,0 %	74.871
	<i>gesamt</i> ¹⁹	57	3.311	1,2 %	283.676
berufsbildend	<i>gesamt</i>	8	1.067	1,3 %	82.751
<i>gesamt</i>		65	4.378	1,2 %	366.427

Tab. 3: Unterrichtsangebot im Fach Dänisch an öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein (2022/23)

19 Die Differenz zwischen der Summe der genannten Schülerzahl je Schulart und der Gesamtsumme ergibt sich durch hier nicht aufgeführte Schularten ohne relevantes Dänischangebot (Förderzentren und Abendgymnasien).

In diesem strukturellen Rahmen gab es im Schuljahr 2022/23 an insgesamt 65 öffentlichen Schulen ein Unterrichtsangebot im Fach Dänisch, das von insgesamt etwa 4.400 Schüler:innen in Anspruch genommen wurde, also gut 1 % der schleswig-holsteinischen Schüler:innen insgesamt (vgl. Tab. 3).

In der Grenzregion fällt dieser Anteil erwartungsgemäß höher aus, wie das Beispiel des Kreises Schleswig-Flensburg zeigt (vgl. Tab. 4); er liegt hier aber insgesamt auch nur bei gut 4 %, bei den Gemeinschaftsschulen mit etwa 13 % allerdings deutlich darüber.

Bereich	Schulart	Schulen mit Dänisch	Schüler:innen mit Dänisch	Anteil mit Dänisch	Schüler:innen gesamt
allgemein- bildend	Grundschulen	6	476	6,7 %	7.100
	Gemeinschafts- schulen ohne Oberstufe	13	616	10,8 %	5.697
	Gemeinschafts- schulen mit Oberstufe	1	224	28,8 %	779
	Gymnasien	1	74	2,4 %	3.071
	<i>gesamt</i>	<i>21</i>	<i>1.390</i>	<i>8,1 %</i>	<i>17.150</i>
berufs- bildend	<i>gesamt</i>	<i>1</i>	<i>118</i>	<i>3,8 %</i>	<i>3.102</i>
<i>gesamt</i>		<i>22</i>	<i>1.508</i>	<i>4,1 %</i>	<i>20.252</i>

Tab. 4: Unterrichtsangebot im Fach Dänisch an öffentlichen Schulen im Kreis Schleswig-Flensburg (2022/23)

Dieses Beispiel illustriert auch die generelle Konzentration der Schulen mit Dänischangebot auf die grenznahen Gebiete des Landesteils Schleswig, die auch die Karte in Abb. 4 zeigt. Zugleich ist jedoch auch zu erkennen, dass (a) in der Fehmarnbeltregion trotz ihrer absehbaren Etablierung als Teil der Grenzregion bislang kaum Angebote bestehen und (b) auch in größerer Entfernung zur Grenze punktuell Dänischunterricht angeboten wird. Beides ist angesichts auch perspektivisch begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen problematisch; aus nachbarsprachenpolitischer Perspektive wäre es sinnvoller, das Angebot stärker auf die Grenzregion zu fokussieren und insbesondere in der Fehmarnbeltregion gezielt auszubauen.

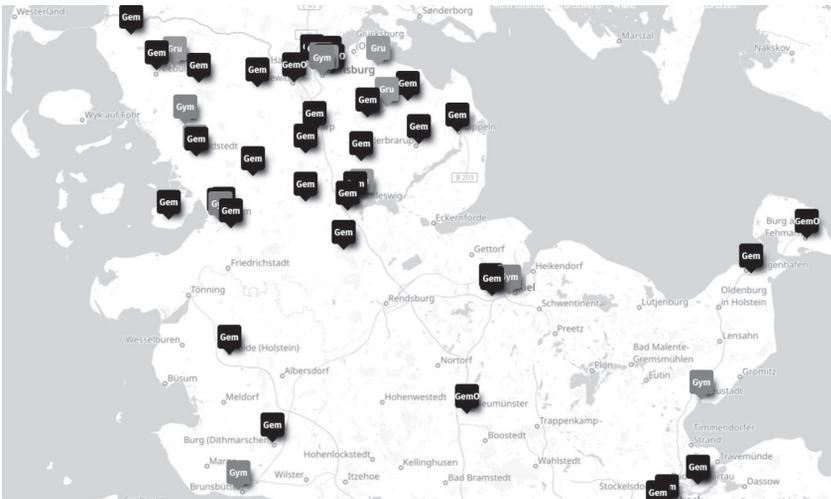


Abb. 4: Geographische Verteilung der öffentlichen Schulen mit Dänischangebot nach Schularten (2022/23)²⁰

Einen weiteren Indikator dafür, dass das Dänischangebot an öffentlichen Schulen – gemessen an den vom Land formulierten sprachpolitischen Zielen – bisher nicht ausreichend gefördert wird, ist der quantitative Rückgang des Angebots über das vergangene Jahrzehnt, den Abb. 5 für die Anzahl der Schulen mit Dänischunterricht illustriert. Hier zeigt sich, dass die Gesamtzahl der Schulen zwar in etwa konstant geblieben ist (66 Schulen im Schuljahr 2014/15, 65 Schulen 2022/23), dass sich aber dahinter ein erheblicher Rückgang bei der häufigsten Schulform abzeichnet, nämlich den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe, deren Zahl um 21 % (von 42 auf 33) gesunken ist. Dem gegenüber steht ein Anstieg bei den Grundschulen (eine Verzehnfachung von 1 auf 10), der auf die Neueinführung der Modellgrundschulen zurückgeht. Beim tatsächlichen Erwerb nachbarsprachlicher Kompetenzen (über erste Begegnungen mit dem Dänischen in der Primarstufe hinaus) ist also eine wesentliche Verringerung des Angebots zu erkennen.

²⁰ Die Karte basiert auf den Daten von OpenStreetMap und ist mit dem Werkzeug *uMap* erstellt worden (umap-project.org; 11. 10. 2024).

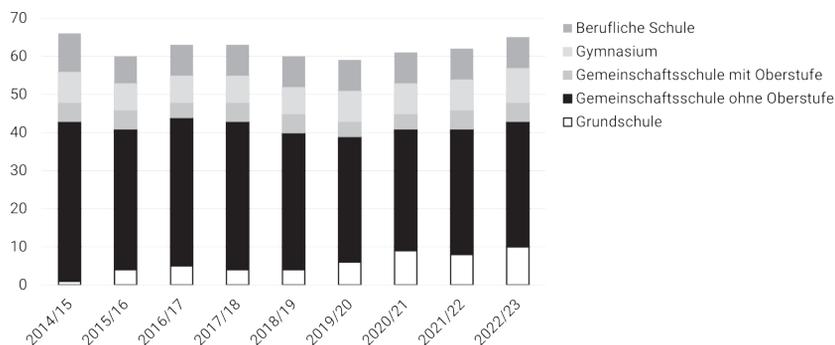


Abb. 5: Öffentliche Schulen mit Dänischangebot nach Schularten (2014/15–2022/23)

Noch deutlicher wird dieser Zusammenhang bei der Betrachtung der Schülerzahlen über denselben Zeitraum (Abb. 6): Die Gesamtzahl der Schüler:innen hat um etwa ein Drittel abgenommen (von 6.461 im Schuljahr 2014/15 auf 4.378 im Schuljahr 2022/23), die an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe hat sich beinahe halbiert (von 2.525 Schülern auf 1.323). Dieser Rückgang spiegelt keine demographische Entwicklung wider, sondern ist fachspezifisch.²¹

21 Die Gesamtzahl der Schüler:innen ist von 2014/15 bis 2022/23 nur leicht gesunken (um etwa 1 %); auch ein zwischenzeitlicher Rückgang um etwa 4 % bis zum Schuljahr 2019/20 erklärt die fachspezifische Abnahme der Schülerzahlen nicht (Schulstatistik 2024: Schüler – Bundesländer, Schuljahr, Geschlecht, Schulart, Jahrgangsstufen).

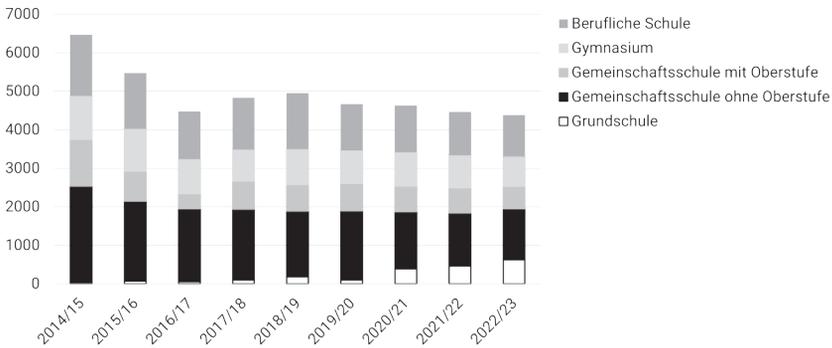


Abb. 6: Schüler:innen mit Dänischunterricht nach Schularten (2014/15–2022/23)

Die Ursachen dieses drastischen Rückgangs dürften eher in der gestiegenen Konkurrenz des Dänischangebots mit anderen Wahlfächern zu suchen sein, die den Schüler:innen bisweilen zahlreiche Alternativen bieten, sowie in der mangelnden Planbarkeit für Schulen und Schulleitungen, die einem verlässlichen Angebot im Wege steht. Der aktuell (2024) erhebliche Lehrkräftemangel (gerade auch im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich) bewirkt bei der Lehrkräfterekrutierung einzelner Schulen eine Priorisierung von Kern- zulasten von Wahlfächern, sodass die Möglichkeit von Dänischangeboten zunehmend von der gewissermaßen zufälligen Eignung aus anderen Gründen eingestellter Lehrkräfte abhängig und damit auch erheblicher Fluktuation ausgesetzt ist. Fehlende Verlässlichkeit und Planbarkeit machen das Dänischangebot dann auch für Schüler:innen unattraktiver.²²

Insgesamt lassen sich Stand und Tendenzen so interpretieren, dass sich gezielte Initiativen wie bei den Modellgrundschulen zwar punktuell günstig auf die Entwicklung des Dänischunterrichts auswirken können, dass es aber bislang an politischen Impulsen fehlt, die eine nachhaltige Verbesserung erreichen könnten. Notwendig wäre – über bloße Anreizsysteme hinaus, die sich auf die Nachfrage bei den Schüler:innen (und Eltern)

22 Eine Kettenreaktion ergibt sich darüber hinaus, wenn angehende Lehrkräfte aufgrund der Personalsituation ihren Vorbereitungsdienst im Fach Dänisch nicht mehr an genügend Schulen absolvieren können, was ihre Verfügbarkeit für den fachspezifischen Arbeitsmarkt zumindest verzögert, wenn nicht verhindert.

verlassen – ein Mechanismus, der beispielsweise über die Zuweisung personeller und finanzieller Ressourcen die Förderung von Dänischangeboten mit geographischem Fokus auf die Grenzregion steuert (gerade auch die Fehmarnbeltregion) und dort zugleich den Erhalt und den Ausbau von Dänischangeboten priorisiert.

Zusätzlich zum öffentlichen Schulsystem ist für den Erwerb der Nachbarsprache Dänisch auch das Schulsystem der dänischen Minderheit relevant, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Dieses System ist in Form von Privatschulen des Dänischen Schulvereins organisiert, der als Träger aber im Wesentlichen durch staatliche Zuschüsse aus beiden Ländern finanziert wird (im Jahr 2023 für den Schulbereich ca. 61 Millionen Euro aus dem dänischen und ca. 47 Millionen aus dem schleswig-holsteinischen Haushalt; Dansk Skoleforening for Sydslesvig 2024). Von den 40 Schulen, die von insgesamt zurzeit (2024) ca. 5.700 Schüler:innen besucht werden, decken die allermeisten den Primar- und/oder den Sekundarbereich in Form von Gemeinschaftsschulen ab, während lediglich zwei (Duborg-Skolen in Flensburg und A. P. Møller-Skolen in Schleswig) über eine der Oberstufe entsprechende Gymnasialabteilung verfügen. Das Schulsystem folgt damit dem dänischen Vorbild mit einer längeren gemeinsamen Schulzeit für alle Schüler:innen. Die Schulabschlüsse werden in beiden Ländern anerkannt. Unterrichtssprache ist im Regelfall Dänisch.

Als Einrichtungen der dänischen Minderheit zielen die Schulen des Dänischen Schulvereins ihrem Selbstverständnis nach nicht primär auf den Erwerb nachbarsprachlicher Kompetenzen, beziehen aber die Besonderheiten der mehrsprachigen Umgebung der Schüler:innen konzeptionell mit ein. Zugleich wird jedoch (u. a. in deutschsprachigen Informationsmaterialien) auch auf den Dänischerwerb z. B. in Kindertageseinrichtungen verwiesen (Dansk Skoleforening for Sydslesvig 2021; Dansk Skoleforening for Sydslesvig 2023). In der Praxis tragen die Schulen also durchaus auch zum Aufbau nachbarsprachlicher Kompetenzen bei, auch wenn ein langjähriger Schulbesuch in diesem System weit höhere Kompetenzniveaus mit sich bringt als der Nachbarspracherwerb in den öffentlichen Schulen.

Auch an Hochschulen in Schleswig-Holstein können nachbarsprachliche Kompetenzen im Dänischen erworben und ausgebaut werden, und zwar insbesondere durch das Studium der Fächer Dänisch und Skandinavistik. Dänisch kann derzeit (2024) an der Europa-Universität Flensburg im Rahmen von Lehramtsstudiengängen (für Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Berufsschulen) studiert werden, an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Rahmen des Studiums für das gymnasiale

Lehramt. Hinzu kommt die Möglichkeit, Dänisch in den Kieler skandinavistischen Studiengängen als Wahlsprache zu belegen. Die beiden Universitäten sind entsprechend mit Professuren und Lehrpersonal u. a. in den Bereichen Sprachwissenschaft, Literatur- und Kulturwissenschaft, Sprachpraxis sowie Fachdidaktik ausgestattet.

4.4. Kultur

Auch im Hinblick auf kulturelle Angebote in der Grenzregion spielt die dänische Minderheit eine große Rolle. Sie verfügt mit der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig (*Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig*)²³ über ein eigenes gut ausgebautes und sehr gut genutztes Bibliothekswesen, durch das Nutzer:innen in Südschleswig u. a. auf dänischsprachige Literatur in den lokalen Beständen wie auch in den Beständen öffentlicher Bibliotheken in ganz Dänemark zugreifen können. Neben dem Hauptstandort in Flensburg bestehen Außenstellen in Schleswig, Husum und Eckernförde. Außerdem gibt es Bücherbusse, deren planmäßige Fahrten regelmäßig den gesamten Landesteil Schleswig abdecken; dazu kommen digitale Angebote. Die Tageszeitung *Flensborg Avis*²⁴ informiert vorwiegend auf Dänisch, zum Teil auch auf Deutsch oder in zweisprachigen Formaten über das regionale Geschehen im Landesteil Schleswig sowie über Themen der deutschen, schleswig-holsteinischen und dänischen Politik. Unter dem Dach des Südschleswigschen Vereins (*Sydslesvigsk Forening*)²⁵ organisieren verschiedene Träger ein breit gefächertes Kulturangebot mit regelmäßigen Konzerten, Theateraufführungen, Ausstellungen und anderen Veranstaltungen. Hinzu kommt das Museum Danewerk (*Danevirke Museum*)²⁶ am Ort der vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert genutzten Grenzbefestigung bei Schleswig, die seit 2018 UNESCO-Weltkulturerbe ist; hier wird auch über die Geschichte der dänischen Minderheit und der deutsch-dänischen Grenze informiert. Hinzu kommen die im Dachverband der Dänischen Jugendvereine in Südschleswig (*Sydslesvigs danske Ungdomsforeninger*)²⁷ organisierten dänischsprachigen Kinder-, Jugend- und Sportangebote, die 35 Gemeinden

23 dcbib.dk (11. 10. 2024).

24 fla.de (11. 10. 2024).

25 syfo.de (11. 10. 2024).

26 danevirkemuseum.de (11. 10. 2024).

27 sdu.de (11. 10. 2024).

der evangelisch-lutherischen Dänischen Kirche in Südschleswig (*Dansk Kirke i Sydslesvig*)²⁸ und die Gesundheits-, Pflege- und Altenpflegeangebote des Dänischen Gesundheitsdienstes für Südschleswig (*Dansk Sundhedstjeneste for Sydslesvig*)²⁹. Die genannten Einrichtungen und Organisationen wenden sich zwar in erster Linie an Angehörige der dänischen Minderheit, können aber – unter je nach Bereich verschiedenen restriktiven Bedingungen – auch von anderen genutzt werden. Damit tragen sie auch zu einem nachbarsprachlichen Kulturangebot in der Grenzregion wesentlich bei.

Auf beiden Seiten der Festlandgrenze hat sich seit 1997 in kommunaler Trägerschaft die Region Sønderjylland-Schleswig³⁰ als grenzüberschreitende Kooperationsstruktur mit einem gemeinsamen sogenannten Regionskontor in Pattburg (*Padborg*) als zentraler Anlaufstelle etabliert. Ihre Aufgabe liegt darin, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Alltag zu erleichtern und auszubauen. Schwerpunkte liegen auf dem regionalen Arbeitsmarkt, der von Erleichterungen für Berufspendler:innen profitieren soll, auf der Vermittlung zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in beiden Ländern, die in unterschiedlichen Netzwerk- und Dialogformaten gemeinsame Ziele verfolgen und gemeinsame Entwicklungspotentiale ausnutzen können, sowie explizit auch auf dem Kulturbereich (Regionsvereinbarung 2022). Hierbei kooperiert die Region Sønderjylland-Schleswig mit der Interreg-VIa-Region Deutschland-Danmark³¹ mit Sekretariat in Krusau (*Kruså*) nördlich von Flensburg, die zwar im Wesentlichen institutionelle Kooperationen im größeren Stil unterstützt, aber auch im Kulturbereich Fördermittel zur Verfügung stellt. In diesem Rahmen werden auch Projekte mit Bezug zur Nachbarsprache Dänisch unterstützt, etwa über den sogenannten Bürgerprojektfonds.

Eine der Kernaufgaben der Region Sønderjylland-Schleswig ist die Bewahrung und Förderung der Sprachenvielfalt in der Region: Bereits unmittelbar nach der Gründung etablierte man 1998 eine Arbeitsgruppe zu Sprache und interkulturellem Verständnis, die untersuchen sollte, wie sprachliche und kulturelle Barrieren in der Region überwunden werden können. Im Jahr 2004 verabschiedete die Region dann eine Resolution zur Förderung der Nachbarsprachenkompetenzen, und im darauffolgenden Jahr rief man eine Sprachenkampagne ins Leben, die zum Ziel hatte, Aktivi-

28 www.dks-folkekirken.dk (11. 10. 2024).

29 www.dksund.de (11. 10. 2024).

30 region.de (11. 10. 2024).

31 www.interreg-de-dk.eu (11. 10. 2024).

täten und Projekte zu entwickeln, die das Interesse für die Nachbarsprache unterstützen sollten. Seitdem gibt es laufend neue Initiativen mit ähnlicher Zielsetzung, seit 2013 auch im Rahmen der sogenannten Kulturvereinbarungen, die zusätzlich auch von den Kultusministerien Schleswig-Holsteins und Dänemarks gefördert werden.³² Konkrete Projekte initiieren etwa interkulturelle Begegnungen zwischen Menschen aus beiden Ländern, wodurch auch nachbarsprachliche Kompetenzen mehr oder weniger explizit und mehr oder weniger stark gefördert werden. Beispiele hierfür sind die jährlich stattfindenden deutsch-dänischen Lehrerkonferenzen und etliche Initiativen, die bei Kindern und Jugendlichen das Interesse für das jeweilige Nachbarland und die Nachbarsprache wecken sollen. Zudem werden vielfältige kulturelle Aktivitäten mit Künstler:innen aus beiden Ländern unterstützt.

Für Dänisch als Nachbarsprache wichtig waren bislang besonders die Programme KursKultur (2015–2019) und KursKultur 2.0 (2019–2022), die über ein eigenes Budget kleinere Projekte mit Bezug zur Nachbarsprache auf beiden Seiten der Grenze fördern konnten. Ebenso wurde aus diesen Mitteln die Website der sogenannten Kulturakademie³³ finanziert, einer inzwischen gut etablierten Plattform für die deutsch-dänische Grenzregion, über die sowohl eigens entwickelte Unterrichtsmaterialien zur Verfügung gestellt als auch Sprachaktivitäten zur Förderung der Nachbarsprachen angeboten werden. Beispiele sind die praxisorientierten Publikationen von Hallsteinsdóttir (2022) zum lebenslangen Nachbarsprachenlernen sowie von Hansen et al. (2022) zur deutsch-dänischen Nachbarsprachdidaktik. Seit 2023 gibt es mit dem sogenannten Bürgerprojektfonds (Laufzeit bis 2029) ein Nachfolgeprojekt für die gesamte Interreg-VIA-Programmregion. Inwiefern dieser Fonds die Kompetenzen in der jeweiligen Nachbarsprache tatsächlich stärken kann, ist allerdings von den konkreten Projekten abhängig, die daraus beantragt und bewilligt werden, und bleibt vorerst abzuwarten.

5. *Deutsch als Nachbarsprache: ein kurzer Abriss*

Das Deutsche ist nördlich der Grenze in einer im Großen und Ganzen spiegelbildlichen Situation zum Dänischen in Schleswig-Holstein. Auch

32 www.kulturfokus.de/das-sind-wir/kulturvereinbarung (11. 10. 2024).

33 www.kulturakademi.de (11. 10. 2024).

hier greifen Nachbarsprachliches und Minderheitensprachliches bei den sprachenpolitischen Rahmenbedingungen, im kommunikativen Alltag und bei der institutionellen Förderung ineinander.

Was den Status des Deutschen als regionaler Minderheitensprache betrifft, gilt in Nordschleswig im Prinzip dasselbe wie für das Dänische in Südschleswig. Auch Dänemark ist Vertragsstaat des RÜSNM (in Kraft seit 1998) wie auch der ECRMS (in Kraft seit 2001; vgl. den aktuellen dänischen ECRMS-Staatenbericht 2023). Das Deutsche in Nordschleswig ist als einzige autochthone Minderheitensprache in Dänemark anerkannt (für das Färöische und das Grönländische als Hauptsprachen (*hovedsprog*) in den jeweiligen Ländern gelten sprachenpolitisch andere Rahmenbedingungen). Die dänischen Selbstverpflichtungen haben einen ähnlichen Umfang wie die schleswig-holsteinischen, beziehen sich aber vor allem auf kommunale und nur zu einem sehr geringen Teil auf regionale oder nationale Aufgaben. Insofern sind die deutsche Minderheit und das Deutsche als Minderheitensprache nur in Südjütland selbst politisch präsent. Ebenso wie südlich der Grenze können aber auch hier Deutschsprachige primär minderheitenpolitisch motivierte sprachliche Angebote auch unabhängig von der eigenen Zugehörigkeit zur Minderheit nutzen. In der Tat hat der Zuzug Deutschsprachiger – auch von außerhalb der Grenzregion – nach Nordschleswig in den letzten Jahren deutlich zugenommen, wo eine Integration in die deutsche Minderheit nahe liegt und vielfach auch angestrebt wird. Diese Migrationsbewegung stellt für das Selbstverständnis und den Sprachgebrauch der deutschen Minderheit eine Herausforderung dar (Hörkner 2024).

Zentral ist auch für die deutsche Minderheit das eigene Bildungssystem, dessen Aufbau dem üblichen dänischen Modell mit gemeinsamem Unterricht bis zur 10. Klassenstufe folgt und das unter dem Dach des Deutschen Schul- und Sprachvereins für Nordschleswig³⁴ organisiert ist. Die 15 Schulen mit zurzeit (2024) insgesamt etwa 1.800 Schüler:innen sind überwiegend Gemeinschaftsschulen; daneben existiert das Deutsche Gymnasium für Nordschleswig in Apenrade. Unterrichtssprache ist Deutsch; Schulabschlüsse werden in beiden Ländern anerkannt. Hinzu kommen die Kindertageseinrichtungen des gleichen Trägers, die von insgesamt ca. 700 Kindern besucht werden.

34 dssv.dk (11.10.2024).

Unter dem Dach des Bundes Deutscher Nordschleswiger³⁵ verfügt die deutsche Minderheit über ein vergleichbares kulturelles und soziales Angebot wie die dänische Minderheit in Südschleswig. Aus nachbarsprachlicher Sicht hervorzuheben sind das Bibliothekssystem des Verbands Deutscher Büchereien Nordschleswig (mit Standorten in Apenrade, Hadersleben, Sonderburg, Tingleff (*Tinglev*) und Tondern sowie Fahrbüchereien)³⁶, die evangelisch-lutherische Nordschleswigsche Gemeinde³⁷, das Deutsche Museum Nordschleswig (in Sonderburg)³⁸ und die Schleswigsche Partei (*Slesvigske Parti*)³⁹ als politische Vertretung der deutschen Minderheit in den kommunalen Vertretungen. Wichtigstes deutschsprachiges Medium ist die seit 2021 nur digital erscheinende Tageszeitung *Der Nordschleswiger*⁴⁰.

Öffentlich ist das Deutsche in Nordschleswig in deutlich geringerem Umfang sichtbar als umgekehrt das Dänische südlich der Grenze, und praktisch nur in seiner Funktion als Minderheitensprache. So sind etwa Hinweisschilder zu Einrichtungen der deutschen Minderheit häufig deutschsprachig. Dagegen haben die zuständigen kommunalen Behörden entgegen dem Wunsch der deutschen Minderheit bislang keine zweisprachigen Ortsschilder aufstellen lassen, auch wenn diese Möglichkeit rechtlich grundsätzlich gegeben wäre. Hintergrund sind nach wie vor bestehende Vorbehalte bei Teilen der Bevölkerung gegen eine öffentliche Präsenz des Deutschen, die sich mit der Geschichte der Region vor 1920 sowie der deutschen Besetzung Dänemarks im Zweiten Weltkrieg erklären lassen.

Gänzlich ohne Parallele in Deutschland ist dagegen die Rolle, die das Deutsche in Dänemark landesweit als Nationalsprache des größten Nachbarlandes und wichtigsten dänischen Handelspartners spielt. Vor dem Zweiten Weltkrieg fungierte das Deutsche als wichtigste Fremdsprache in Dänemark, seitdem rangiert es an zweiter Stelle hinter dem Englischen. Entsprechend wird Deutsch typischerweise als zweite (seltener dritte) Fremdsprache in den öffentlichen Schulen angeboten und auch zu einem relativ hohen und in den letzten zehn Jahren sogar steigenden Anteil von den Schüler:innen gewählt, nämlich zuletzt von über 80 % der Schüler:innen in den der Sekundarstufe I entsprechenden Jahrgangsstufen, wobei in der Region Süddänemark über 90 % der Schüler:innen Deutsch belegen,

35 bdn.dk (11. 10. 2024).

36 buecherei.dk (11. 10. 2024).

37 kirche.dk (11. 10. 2024).

38 deutsches-museum.dk (11. 10. 2024).

39 schleswigsche-partei.dk (11. 10. 2024).

40 nordschleswiger.dk (11. 10. 2024).

um Kopenhagen dagegen nur knapp 70 % (NCFE 2023, S. 9). Die süd-jü-tischen Kommunen setzen zusätzlich bereits seit einigen Jahren auf die Förderung des frühen Deutschunterrichts (ab der 3. Jahrgangsstufe oder sogar ab der Vorschule).

Dieses statistische Bild darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Interesse am Erwerb des Deutschen in den letzten Jahrzehnten in Dänemark insgesamt stark abgenommen hat. Dies korreliert vor allem mit negativen Einstellungen und mangelnder Motivation der Schüler:innen (Hansen 2018): Demnach wird der Unterricht insgesamt als zu schwierig, als wenig anregend und – angesichts der Verfügbarkeit der *lingua franca* Englisch – als überflüssig angesehen; teilweise spielen bei der Verfestigung dieser Einstellung auch tradierte Erfahrungen der Elterngeneration eine Rolle. Zugleich wünschen sich Lehrkräfte einerseits mehr Weiterbildung, nicht zuletzt in Bezug auf die vielfach als mangelhaft wahrgenommene eigene Deutschkompetenz, andererseits eine Stärkung etwa von Austauschformaten, die als motivierend wahrgenommen werden.

Das abnehmende Interesse spiegelt auch der drastische Rückgang bei den Studierendenzahlen im Fach Deutsch (oder vergleichbaren Studiengängen) an dänischen Universitäten wider (NCFE 2023, S. 31). Staatliche Initiativen sollen dieser Tendenz entgegenwirken. So stellte die damalige konservative Regierung bereits 2016 eine Deutschland-Strategie vor (Deutschland-Strategie 2016), die explizit die Notwendigkeit von Deutschunterricht für die dänische Wirtschaft aufgriff. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die 2017 von der sozialdemokratisch geführten Nachfolgeregierung initiierte Fremdsprachenstrategie für den Bildungssektor (Fremdsprachenstrategie 2017), mit der u. a. ein Nationales Fremdsprachenzentrum (*Det Nationale Center for Fremmedsprog*) etabliert wurde, das auch auf die Stärkung des Deutscherwerbs abzielt. Ob diese Bemühungen sich langfristig positiv auswirken werden, ist noch nicht abzusehen.

6. Ausblick

Die sprachliche Nachbarschaft an der deutsch-dänischen Grenze kann insgesamt als ein Beispiel und in vielem vielleicht sogar als ein Vorbild dafür gelten, wie eine Grenzregion ihre sprachlichen Ressourcen gesellschaftlich nutzbar machen kann. Dabei spielt die – an Deutschlands Grenzen einmalige – Doppelrolle der Nachbarsprachen als Minderheitensprachen eine entscheidende Rolle: Vor dem Hintergrund einer sprachlich und politisch

wechselvollen, manchmal auch kriegerischen gemeinsamen Geschichte hat sich vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg ein Modell für die friedliche Koexistenz von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerungen beiderseits der Grenze herausgebildet, das auf dem Gesinnungsprinzip basiert. Dadurch sind die Einrichtungen und Angebote der Minderheiten nicht nach außen abgegrenzt, sondern stehen jedenfalls im Grundsatz allen offen. Entsprechend gibt es auch in der Sprachenpolitik keine Tradition einer strikten Trennung zwischen Minderheiten- und Nachbarsprache. Aus der minderheitensprachlichen Konstellation heraus hat sich insgesamt schon früh eine Praxis der Sprachenpolitik und der Sprachförderung mit entsprechenden Einrichtungen und Ressourcen ergeben, von der auch die Nachbarsprachen profitieren. Mit der steigenden grenzübergreifenden Mobilität der Bevölkerung hat dieser Aspekt weiter an Bedeutung gewonnen. Vor allem die intensive Kooperation zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Grenzregion sowie die institutionalisierte Zusammenarbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig sind dabei für die Nachbarsprachen weiterhin entscheidend.

Weniger positiv ist allerdings die aktuelle Entwicklung im Bildungswesen, vor allem auf schleswig-holsteinischer Seite. Dass im – für den tatsächlichen Erwerb nachbarsprachlicher Kompetenzen entscheidenden – Sekundarbereich immer weniger Schüler:innen die Nachbarsprache Dänisch lernen, ist jedoch nicht deren Desinteresse geschuldet, sondern vielmehr strukturellen Hindernissen und politischen Versäumnissen. So ist bislang (2024) davon auszugehen, dass ohne gezielte Priorisierung von Dänischunterricht in der Grenzregion das schulische Dänischangebot im Sekundarbereich weiter zurückgehen wird. Dabei fehlt es, wie die Handlungspläne Sprachenpolitik (Handlungsplan 2015; Handlungsplan 2020; Handlungsplan 2024) zeigen, nicht an einem politischen Bewusstsein für die gesellschaftliche Relevanz von Dänischkenntnissen in Schleswig-Holstein, wohl aber an der nötigen politischen Konsequenz.

Mit Eröffnung der festen Fehmarnbeltquerung wird die Grenzregion schlagartig erheblich größer werden. Das neu dazu kommende Gebiet unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht vom ehemaligen Herzogtum Schleswig mit seiner eher ländlichen Struktur, seiner historisch gewachsenen Sprachkontaktkonstellation und seinen nationalen Minderheiten: In Holstein entsteht ein Grenzraum, der auch städtisch geprägt ist und in dem die sprachliche Nachbarschaft zwischen Deutsch und Dänisch ohne den minderheitensprachlichen Unterbau auskommen muss, auf dem die nachbarsprachliche Praxis Schleswig-Holsteins bisher größtenteils beruht. Hierin

liegen Chancen, etwa was eine Ausdifferenzierung nachbarsprachenpolitischer Ansätze betrifft, aber auch Risiken. Vor allem an den öffentlichen Schulen der Fehmarnbeltregion wird die Nachbarsprache Dänisch erst noch nachhaltig Fuß fassen müssen.

Literatur

- Bohn, Robert (2006): Geschichte Schleswig-Holsteins. München: Beck.
- CGEU = Charta der Grundrechte der Europäischen Union, konsolidierte Fassung vom 7. 6. 2016, data.europa.eu/eli/treaty/char_2016/oj, 11. 10. 2024.
- Dänemark-Strategie (2024) = Dänemark-Strategie des Landes Schleswig-Holstein (2024). www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/D/daenemark_zusammenarbeit/Downloads/240903_daenemarkstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=4, 11. 10. 2024.
- Dansk Skoleforening for Sydslesvig (2021): Mål for sprog og læsning. www.skoleforeningen.org/media/k0fiqplz/2021-476-ma-l-sprog-og-laesning-1.pdf, 11. 10. 2024.
- Dansk Skoleforening for Sydslesvig (2023): Sprogpolitikken. www.skoleforeningen.org/media/jlxf23re/skoleforeningen-sprogpolitik.pdf, 11. 10. 2024.
- Dansk Skoleforening for Sydslesvig (2024): Årsrapport. www.skoleforeningen.org/media/2sbkzr1o/a-rsregnskab-2023.pdf, 11. 10. 2024.
- Deutschland-Strategie (2016) = Regeringen (2016): Regeringens strategi for Tyskland. www.regeringen.dk/media/1328/tysklandsstrategi.pdf, 11. 10. 2024.
- ECRMS = Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (Sammlung europäischer Verträge 148) vom 5. 11. 1992. www.coe.int/de/web/conventions/full-list?module=treaty-detail&treatynum=148, 11. 10. 2024.
- ECRMS-Staatenbericht (2021) = Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Siebter Bericht der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 15 Absatz 1 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/minderheiten/7-siebter-staatenbericht-sprachcharta.html, 11. 10. 2024.
- ECRMS-Staatenbericht (2023) = Kulturministeriet (2023): The European Charter for Regional or Minority Languages. Denmark's Sixth Periodic Report. kum.dk/fileadmin/_kum/2_Kulturomraader/Internationalt/Europaraadet/Denmark_s_Sixth_Periodic_Report_Language_Charter_01.pdf, 11. 10. 2024.
- ECRMS-Staatenzwischenbericht (2023) = Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023): Zwischenbericht zum Siebten Bericht der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 15 Absatz 1 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/minderheiten/7a-zwischen-siebter-staatenbericht-sprachcharta.html, 11. 10. 2024.

- Fachanforderungen Dänisch (2016) = Ministerium für Schule und Berufsbildung des Landes Schleswig-Holstein (2016): Fachanforderungen Dänisch. Allgemein bildende Schulen, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II. fachportal.lernnetz.de/sh/faecher/daenisch/fachanforderungen.html?file=files/Fachanforderungen%20und%20Leitf%C3%A4den/Sekundarstufe/Fachanforderungen/Fachanforderungen%20D%C3%A4nisch%20Sekundarstufe%20282016%29.pdf, 11. 10. 2024.
- Förderrichtlinie Kita (2023) = Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung (2023): Richtlinie des Landes Schleswig-Holstein zur Förderung von Regional- und Minderheitensprachen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege vom 1. 1. 2023. transparenz.schleswig-holstein.de/dataset/richtlinie-des-landes-schleswig-holstein-forderung-von-regional-und-minderheitensprachen-in-kin, 11. 10. 2024.
- Fredsted, Elin (2009a): Sprachen und Kulturen in Kontakt – deutsche und dänische Minderheiten in Sønderjylland/Schleswig. In: Stolz, Christel (Hrsg.): Neben Deutsch. Die autochthonen Minderheiten- und Regionalsprachen Deutschlands, Bochum: Brockmeyer, S. 1–23.
- Fremdsprachenstrategie (2017) = Undervisningsministeriet/Uddannelses- og Forskningsministeriet (2017): Strategi for styrkelse af fremmedsprog i uddannelsessystemet. ufm.dk/publikationer/2017/filer/strategi-for-styrkelse-af-fremmedsprog-i-uddannelsessystemet.pdf, 11. 10. 2024.
- GG = Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Fassung vom 19. 12. 2022.
- Goll, Sabrina (i. Vorb): Südschleswigdänisch. Eine strukturelle Bestandsaufnahme aus dialektologischer Perspektive. Kiel: Universitätsverlag Kiel.
- Gregersen, Hans Valdemar (1989): Die Bedeutung der niederdeutschen Kultursprache im geschichtlichen Prozeß, der zur Verdeutschung Südschleswigs führte. In Hyldgaard-Jensen, Karl/Winge, Vibeke/Christensen, Birgit (Hrsg.): Niederdeutsch in Skandinavien II. Akten des 2. nordischen Symposions „Niederdeutsch in Skandinavien“ in Kopenhagen, 18.–20. Mai 1987, Berlin: Schmidt, S. 116–124.
- Hallsteinsdóttir, Erla (2022): Deutsch & Dänisch als Nachbarsprachen. Förderung der sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen. Padborg: Region Sønderjylland-Schleswig. www.kulturakademi.de/wp-content/uploads/2023/03/broschuere_kurskultur_nachbarsprache_de_endex.pdf, 11. 10. 2024.
- Handlungsplan (2015) = Handlungsplan Sprachenpolitik der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Kontext von Regional- oder Minderheitensprachen für die 18. Legislaturperiode. transparenz.schleswig-holstein.de/dataset/handlungsplan-sprachenpolitik-fur-die-18-wahlperiode-barrierefrei, 11. 10. 2024.
- Handlungsplan (2020) = Handlungsplan Sprachenpolitik der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Kontext von Regional- oder Minderheitensprachen für die 19. Legislaturperiode. transparenz.schleswig-holstein.de/dataset/20201201-handlungsplan-sprachenpolitik-19-wahlperiode-barrierefrei, 11. 10. 2024.

- Handlungsplan (2024) = Handlungsplan Sprachenpolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung im Kontext von Regional- oder Minderheitensprachen für die 20. Legislaturperiode – Identität und Mehrwert. www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/1/Service/GesetzeLandtag/Landtagsberichte/BerichtePDF/2024_handlungsplan_sprachenpolitik.pdf?__blob=publicationFile&v=2, 11. 10. 2024.
- Hansen, Camilla Franziska (2018): Das Fach Deutsch in Dänemark. In *Grenzfriedenshefte* 2018, S. 190–197.
- Hansen, Camilla Franziska et al. (2022): Deutsch-dänische Nachbarsprachendidaktik. Padborg: Region Sønderjylland-Schleswig. www.kulturakademi.de/wp-content/uploads/2022/07/Nachbarsprachendidaktik.pdf, 11. 10. 2024.
- Höder, Steffen (2016a): Niederdeutsch und Nordeuropa: Eine Annäherung an grammatische Arealität im Norden Europas. In: *Niederdeutsches Jahrbuch* 139, S. 103–129.
- Höder, Steffen (2016b): Tyskere kan ikke forstå dansk. Eller kan de? In: *Sprog i Norden* 2016, S. 49–60.
- Höder, Steffen (2019): Die deutsch-dänische Grenze von 1920 als Zäsur. In: Palliwoda, Nicole/Sauer, Verena/Sauermilch, Stephanie (Hrsg.): *Politische Grenzen – Sprachliche Grenzen? Dialektgeographische und wahrnehmungsdialektologische Perspektiven im deutschsprachigen Raum*, Berlin: de Gruyter, S. 55–76.
- Höder, Steffen (2021): Grammatical arealisms across the Danish-German border from a constructional perspective. In: Zimmer, Christian (Hrsg.): *German(ic) in language contact. Grammatical and sociolinguistic dynamics*, Berlin: Language Science Press, S. 11–42.
- Hörkner, Johann C. (2024): *Tyske tilflyttere i Nordslesvig. Flensburg: European Centre for Minority Issues.*
- KiTaG = Gesetz zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege, Fassung vom 12. 5. 2023.
- Klatt, Martin (2021): Diesseits der Grenze und jenseits der Grenze – das Konzept der Grenzregion. In: Gerst, Dominik/Klessmann, Maria/Krämer, Hannes (Hrsg.), *Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Baden-Baden: Nomos, S. 143–155.
- Kühl, Jørgen (Hrsg.) (2005a): *København-Bonn Erklæringerne 1955–2005. De danske tyske mindretalserklæringers baggrund, tilblivelse og virkning*. Aabenraa: Institut for Grænseregionsforskning, Syddansk Universitet.
- Kühl, Jørgen (2005b): Nationale Minderheiten im dänisch-deutschen Grenzland – eine Einführung. In: Kühl, Jørgen/Bohn, Robert (Hrsg.): *Ein europäisches Modell? Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 1945–2005*, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, S. 9–58.
- Kühl, Karoline (2015): South Schleswig Danish: Caught between privileges and disregard. In: Muhr, Rudolf/Marley, Dawn (Hrsg.), *Pluricentric languages. New perspectives in theory and description*, Frankfurt: Lang, S. 243–256.

- Leitfaden (2019) = Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (2019): Leitfaden zu den Fachanforderungen Dänisch. Allgemein bildende Schulen, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II. fachportal.lernnetz.de/sh/faecher/daenisch/fachanforderungen.html?file=files/Fachanforderungen%20und%20Leitf%C3%A4den/Sekundarstufe/Leitf%C3%A4den/Leitfaden%20D%C3%A4nisch%20Sekundarstufe%20282019%29.pdf, 11. 10. 2024.
- LVwG = Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein, Fassung vom 25. 9. 2018.
- Maegaard, Marie/Monka, Malene (2019): Patterns of dialect use. Language standardization at different rates. In: Maegaard, Marie/Monka, Malene/Mortensen, Kristine K./Stæhr, Andreas C. (Hrsg.): Standardization as sociolinguistic change. A transversal study of three traditional dialect areas, New York: Routledge, S. 27–46.
- Minderheitenbericht (2021) = Bericht der Landesregierung: Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 19. Legislaturperiode (2017–2022) (Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drucksache 19/3334) (2021). www.landtag.ltsh.de/infotehk/wahl19/drucks/03300/drucksache-19-03334.pdf, 11. 10. 2024.
- Nachbarsprachenbericht (2023) = Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (2023): Bericht zur Förderung der Nachbarsprache Dänisch. www.landtag.ltsh.de/infotehk/wahl20/drucks/00700/drucksache-20-00730.pdf, 11. 10. 2024.
- NCFF (2023) = Det Nationale Center for Fremmedsprog (2023): Tyskfagets udvikling gennem de sidste 10 år. En databaseret undersøgelse af tyskfagets udvikling 2012–22 i grundskolen, på ungdomsuddannelserne og på de videregående uddannelser. viden.ncff.dk/ncff/tyskfagets_udvikling_gennem_de_sidste_10_aar, 11. 10. 2024.
- Ortstafelerlass (2009) = Erlass des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein vom 31. März 2009 (VII 423 – 621.121.108) zur Zulassung mehrsprachiger Ortstafeln. www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/LBVSH/Aufgaben/Strassenverkehrsrecht/Strassenrecht/mehrsprachig_ortsschilder_Erlass, 11. 10. 2024.
- Regionsvereinbarung (2022) = Vereinbarung zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig (2022). www.region.de/downloads/region/Vereinbarungstext_mit_Unterschriften.pdf?m=1673435406, 11. 10. 2024.
- RÜSNM = Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten (Sammlung europäischer Verträge 157) vom 1. 2. 1995. www.coe.int/de/web/conventions/full-list?module=treaty-detail&treatyenum=157, 11. 10. 2024.
- RÜSNM-Staatenbericht (2023) = Bundesministerium des Innern und für Heimat (2023): Sechster Bericht der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 25 Absatz 2 des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten. www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/minderheiten/6-sechster-staatenbericht-rahmenuebereinkommen.html, 11. 10. 2024.
- Schulstatistik (2024) = Statistisches Bundesamt (2024): Bildung, Forschung und Kultur. Schulen. www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/_inhalt.html, 11. 10. 2024.
- Sønderjyllands historie (2008–2009). Aabenraa: Historisk Samfund for Sønderjylland.

- Sprachenchartabericht (2019) = Bericht der Landesregierung: Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein (Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drucksache 9/1683) vom 3. 9. 2019. www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/M/minderheiten/minderheiten_sprachencharta.html, 11. 10. 2024.
- Statistikbanken (2024) = Danmarks Statistik (2024): Statistikbanken. www.statistikbanken.dk, 11. 10. 2024.
- Statistik Kiel (2024) = Landeshauptstadt Kiel: Stadtamt, Statistik und Wahlen (2024): Quartalsdaten aus den Stadtteilen. 1. Quartal 2024. www.kiel.de/de/kiel_zukunft/statistik_kieler_zahlen/_quartalsdaten_stadtteile/2024/Quartalsdaten_aus_den_Stadtteilen_I_2024.pdf, 11. 10. 2024.
- Statistik Nord (2024) = Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2024): Bevölkerung der Gemeinden in Schleswig-Holstein 1. Quartal 2024. Ergebnisse der Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011. www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_I_2_S/A_I_2_vj_24-1_Zensus_SH.xlsx, 11. 10. 2024.
- Ulrich, Peter/Scott, James W. (2021): *Cross-Border Governance* in europäischer Regional Kooperation. In: Gerst, Dominik/Klessmann, Maria/Krämer, Hannes (Hrsg.), *Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Baden-Baden: Nomos, S. 156–174.
- VerfSH = Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, Fassung vom 2. 12. 2014.
- Wenker, Georg. 1889/2013. Einleitung. In: Lameli, Alfred (Hrsg.), *Schriften zum Sprachatlas des Deutschen Reichs, Bd. 1: Handschriften: Allgemeine Texte, Kartenkommentare 1889–1897*, Hildesheim: Olms, S. 1–24.
- Wich-Reif, Claudia (2012): Deutschland (Bundesrepublik Deutschland). In: Lebsanft, Franz/Wingender, Monika (Hrsg.): *Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Ein Handbuch zur Sprachpolitik des Europarats*, Berlin: de Gruyter, S. 39–76.
- Winge, Vibeke (2004): Geschichte der deutsch-skandinavischen Sprachgrenze. In: Besch, Werner/Betten, Anne/Reichmann, Oskar/Sonderegger, Stefan (Hrsg.): *Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung*, 2. Aufl., Bd. 4, Berlin: de Gruyter, S. 3380–3390.
- Yndigegn, Carsten (2020): *The Europe without borders discourse and splitting European identities*. In: Wille, Christian/Nienaber, Birte (Hrsg.): *Border experiences in Europe*, Baden-Baden: Nomos, S. 17–38.